

SOUVERÄN



GESUNDHEITSWESEN 70+

Hausärztliche Betreuung,
Krankenhausbehandlung, Pflege –
Probleme und Lösungen



Für alle Souverän-
Leser 6 Wochen gratis!

Endlich da!

Die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihren PC

Unsicher am PC? Fragen über Fragen? Und keiner hilft Ihnen richtig weiter? Damit ist jetzt Schluss! Markus Hahner von der Initiative PC-Wissen für Senioren zeigt Ihnen die einfache Schritt-für-Schritt-Anleitung für Ihren Computer, auf die Sie schon so lange gewartet haben.

Stellen Sie sich vor:

- Nicht Sie fragen, wie man in Word ein Bild so einfügt, dass der Text ganz einfach drumherum fließt ..., sondern: SIE erklären es einem guten Freund!
- Nicht Sie fragen, wie man eine Vorlage so einscannet, dass sie direkt als versendbare PDF statt als Bild gespeichert wird ..., sondern: SIE erklären es einer Bekannten!
- Nicht Sie fragen, wie man eine ZIP-Datei sicher öffnet – und den Inhalt sofort in einem bestimmten Ordner ablegt – sondern: SIE erklären es Ihrem Nachbarn!
- Nicht Sie fragen, wie man Skype so einstellt, dass Ihre Kontakte jederzeit verfügbar sind ..., sondern: SIE erklären es Ihrem „technikverrückten“ Enkel!

„Klar, das hört sich gut an“, denken Sie vielleicht ... „Doch wie soll das möglich sein? Bei solchen technischen Computer-Themen winke ich meist schnell ab. Denn bislang bin ICH ja derjenige, der häufig fragen muss, wie so etwas funktioniert.“

Und machen wir uns nichts vor: Beim ersten Mal Fragen nimmt man sich noch hilfsbereit Zeit für Sie. Beim zweiten Mal kommt dann schon: „Ach, das ist doch ganz einfach, das müsstest du doch wissen ...“. Und spätestens beim dritten Mal denkt der andere: „Das habe ich doch letzte Woche schon mal erklärt ...“. Da traut man sich doch kaum mehr, überhaupt noch zu fragen! Und das ist ganz falsch. Denn erstens:

Es gibt keine dummen PC-Fragen! Und zweitens: Bisher gab es einfach keine vernünftige Anleitung, die einem den PC ohne Fachchinesisch und ohne unnötigen Technik-Firlefanze erklärt! Oder ha-



„Manchmal glaube ich,
die Computer-Industrie
hasst Senioren!“

ben Sie jemals eine echte Gebrauchsanleitung von Ihrem PC-Händler bekommen, wenn Sie sich einen neuen Computer gekauft haben?

„Es ist einfach unfassbar, dass die Hersteller ihre Milliarden in immer neue (oft unnütze) Software und Technik stecken – es aber nicht schaffen, eine wirklich EINFACHE Gebrauchsanleitung für Anwender beizulegen. Das Einzige, was sie mit ihren Neuerungen erreichen: dass wir uns wieder einmal vor dem Bildschirm unsicher und hilflos fühlen! Manchmal glaube ich, die Computer-Industrie hasst Senioren!“, sagt Markus Hahner, Gründer der Initiative *PC-Wissen für Senioren*.

Doch damit ist jetzt endlich Schluss! *PC-Wissen für Senioren* ist die Gebrauchsanleitung, auf die Sie schon so lange gewartet haben. Die speziellen Schritt-für-Schritt-Anleitungen sind in leicht verständ-

lichem, klaren Deutsch. Wir halten Sie auf dem Laufenden und sagen Ihnen, welche Anschaffungen wirklich sinnvoll für Sie sind. So sparen Sie sich teure Fehlkäufe. Weil Sie nicht auf jedes Werbeversprechen der Computer-Industrie hereinfallen.

Überraschen Sie ab jetzt Ihre Bekannten, Ihre Freunde und Ihre Familie. Alle werden sich fragen, wieso Sie sich plötzlich so gut mit Ihrem PC auskennen. „Tja“, dürfen Sie dann denken, „jetzt kann ICH euch mal zeigen, wie etwas funktioniert!“ Sie möchten den Beweis, dass es wirklich so einfach ist? Dann überzeugen Sie sich selbst:

Sie sind herzlich eingeladen! Als Leser von Souverän können Sie die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihren PC jetzt 6 Wochen gratis testen. Einfach Coupon unten ausfüllen und gleich absenden.

GRATIS-Test-Coupon einfach einsenden an: Initiative PC-Wissen für Senioren, Theodor-Heuss-Str. 2–4, 53177 Bonn, per Fax an: 0228 / 36 96 350 oder Sie bestellen schnell online unter

www.pc-wissen-senioren.de/souveraen

ANZEIGE



IMPRESSUM

Herausgeber:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag:
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt:
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über
personalisierten Posteinzel-
vertrieb an Senioren-Union-
Mitglieder und an CDU-
Funktions- und -Mandatsträger

Leserzuschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Ken Bugul, Steffen Ebert, Mathias
Kamp, Leonhard Kuckart, Thomas
Jarzombek, Dr.-Ing. Rainer Jork,
Claudia Oberholz, Prof. Dr. Christoph
Straub, Ulrich Weigeldt, Ulrich Winz,
Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:
Adobe Stock/fotolia, Dekra, Wiki-
media/Georges Senuin, Wikipedia/
Berthold Werner, Jan Peter Luther
Titelfoto: 123rf

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.

6 Junger Kontinent, alte Herrscher
Über die komplexe Aufgabe, Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Hier am Beispiel Afrika.

9 Afrika muss lernen, auf eigenen Füßen zu stehen
Die senegalesische Schriftstellerin Ken Bugul über Sinn und Unsinn der Entwicklungshilfe ...

12 Diesel raus, und alles ist gut?
Zur Diskussion um den Dieselmotor und saubere Stadtluft. Ein Faktencheck.

14 Weitgehend allein gelassen?
Dr.-Ing. Rainer Jork, Ex-MdB und Mitglied der Senioren-Union, über die Wahlerfolge der AfD in den ostdeutschen Bundesländern.

16 „Smarte“ Objekte für den Alltag
Ein Forschungsprojekt der Universität Hohenheim sucht nach Möglichkeiten, die Mobilität von Senioren in der Stadt zu verbessern

18 Ein Dank für die „Aufmerksamkeit“ der Stadt
In Köln bietet die Stadtverwaltung Mitbürgern über 70 einen neuen Service. Ein Interview mit der Oberbürgermeisterin Henriette Reker.

20 Was Hänschen nicht lernt ...
Wie erzielt man die bestmögliche Bildungsrendite? Jedenfalls nicht durch Geld allein ...

22 Hang zur Debattenverweigerung
Jens Gnisa, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, prophezeit „das Ende der Gerechtigkeit“ in diesem unserem Staate.

25 Hausärztliche Versorgung stärken!
Wie kann eine gute hausärztliche Versorgung langfristig und flächendeckend sichergestellt werden? Überlegungen von Ulrich Weigeldt, dem Bundesvorsitzenden des Deutschen Hausärzterverbandes.

28 Wunsch(denken) oder Wirklichkeit?
Leonhard Kuckart, stellv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union, über die Eigenverantwortung des Menschen in Sachen Gesundheitsvorsorge.

30 Ältere Patienten nicht optimal versorgt
Prof. Dr. Christoph Straub, Vorstandsvorsitzender der Barmer GEK, über Defizite in der stationären Versorgung älterer Menschen.

32 Mit Volldampf auf Personalsuche
Ein Interview mit Werner Greilich, dem stellv. Geschäftsführer des MDK Nordrhein, über den akuten Personalmangel in der Pflege und beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung.

34 Neue Pipeline für Europas Energiezukunft?
Die Nordstream2 soll mehr russisches Erdgas nach Europa bringen. Ein Sachstandsbericht zu einem inzwischen umstrittenen Projekt.



- 36 Aus der Senioren-Union
- 38 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)
- 39 Leserbrief

GRATIS-Test-Coupon

Ja, bitte schicken Sie mir *PC-Wissen für Senioren* zum kostenlosen 6-Wochen-Test zu. Wenn mich der Test überzeugt und ich *PC-Wissen für Senioren* behalten möchte, habe ich Anrecht auf den ermäßigten Startpreis: Ich erhalte das 448 Seiten umfassende Handbuch zum Preis von nur 14,95 € statt 24,95 €. Porto und Versandkosten übernimmt der Verlag für mich. Zusätzlich merke ich mich für den Aktualisierungs- und Ergänzungsservice von *PC-Wissen für Senioren* vor. Diesen Service, der mein Handbuch und mich auf dem neuesten Stand hält, erhalte ich für nur 24,97 € pro Ausgabe. Eine Verpflichtung zur Abnahme der Lieferungen entsteht hieraus nicht. Ich kann den Bezug von *PC-Wissen für Senioren* jederzeit ohne Angabe von Gründen und ohne Kündigungsfrist beenden.

SPC 6043

Vorname und Nachname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

Gleich einsenden an: PC-Wissen für Senioren, Theodor-Heuss-Str. 2–4, 53177 Bonn, oder Fax an: 0228 / 36 96 350

*Ich bin froh, dass Sie sich für
die Zukunft unserer Kinder
sorgen.*

Gemeinsam für eine gute Zukunft

Prognosen sind äußerst schwierig: vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen. Der amerikanische Autor Mark Twain hätte das Problem dieses Editorials kaum treffender beschreiben können, und auch die Meinungsforschungsinstitute haben unisono ihre Erfahrungen. Wenn Sie dieses Heft, liebe Leserinnen und Leser, in ihren Händen halten, sollen Sie wissen, dass der Text aus drucktechnischen Gründen bereits zwei Wochen früher geschrieben werden musste. Zu diesem Zeitpunkt war längst nicht klar, ob die Sondierungsgespräche über eine „Kleeblatt-Koalition“ der ungleichen Partner CDU, CSU, FDP und Grüne überhaupt in reguläre Koalitionsverhandlungen einmünden, geschweige denn ein erfolgreiches Ende haben würden. Aus diesem Grund habe ich mich darauf beschränkt, auf einige grundsätzliche Gedanken von Koalitionsverhandlungen hinzuweisen, vor allem aber Vorschläge und Wünsche der Senioren-Union an eine künftige Bundesregierung zu formulieren.

Alle beteiligten Koalitionäre müssen wissen, dass, vom Standpunkt der reinen Lehre aus betrachtet, am Ende der Verhandlungen niemand im Politpotpourri der Akteure vollauf mit den Ergebnissen zufrieden sein kann. Keinem von ihnen, welchen unterschiedlichen Interessen und einer noch so unerschütterlichen Weltanschauung sie verpflichtet sein mögen, wird schlussendlich ein gerüttelt' Maß an Enttäuschung erspart bleiben. Es bleibt dabei: Demokratische Parteien sind vor allem und zuvorderst dem Gemeinwohl und dem Land verpflichtet und nicht in erster Linie der politischen Gewinnmaximierung ihrer eigenen programmatischen Forderungen. Eine handlungsfähige und stabile Regierung hat im Mittelpunkt des Interesses zu stehen. Für jeden der Koalitionäre ist eine Tatsache jedenfalls unumstößlich, dass auch er eine der besagten Kröten wird schlucken müssen. Und bei allem Wehklagen sollten die Wählerinnen und Wähler nicht

vergessen, dass sie es waren, die mit ihrer Wahlentscheidung die Koalition vorgegeben haben, die Parteien waren es nicht. Sollte die Wahl auch von wie auch immer bestimmten Ängsten beeinflusst worden sein, so darf die Angst aber keinesfalls auf die handelnden Koalitionäre überspringen. Im Gegenteil, von ihnen wird verlangt, dass sie Mut zeigen, den Staat nach demokratischen Gesetzen zu regieren und ihn handlungsfähig zu erhalten. Wer stattdessen persönliche Eitelkeiten befriedigt haben möchte und durch Missgunst und allerlei Stänkereien versucht, seine Position auf Kosten eines soliden Kompromisses zu festigen, dem gebührt die Rote Karte.

■ Wie auch immer nun die Gespräche in der Parlamentarischen Gesellschaft ausgehen, für ein späteres Bündnis muss für jeden der Partner ohne Ausnahme eine unabänderliche Regel gelten: Verlässlichkeit und Vertrauen. Nur unter diesen Vorgaben kann eine deutsche Regierung auch eine den Interessen Europas dienende Stabilität und Handlungsfähigkeit garantieren. Streit zwischen Parteien ist die Essenz der Demokratie. Natürlich muss hart ausgelotet werden, was mögliche Partner gemeinsam durchsetzen wollen und können, das bestreitet doch niemand. Am Ende aber muss – zumindest befristet auf vier Jahre – eine vertrauensvoll miteinander arbeitende Bundesregierung stehen, die sich nicht irgendwo zwischen Anspruch und Wirklichkeit verzettelt und sich nicht sogleich manchem aufgebauchten Protest und Sturm der Entrüstung geschlagen gibt.

■ Naturgemäß haben Ältere ein besonders ausgeprägtes Bedürfnis nach Sicherheit. Das betrifft nicht nur die berechtigten Schutzinteressen vor körperlicher Gewalt: Hier muss Opferschutz eindeutig vor Täterschutz gehen. Den Tätern darf dagegen nicht eine Fürsorge zuteilwerden, die bei den Opfern häufig in Vergessenheit gerät und die obendrein mit ihrem Schicksal und Leid noch alleingelassen werden. Wer es hinnimmt, dass Gewalttäter

mehr und mehr im Alltag Fuß fassen und in unserer Gesellschaft zu einem eher selbstverständlichen und unabänderlichen Bestandteil des Alltags werden, der muss wissen, dass eine Demokratie bei einer solchen Gemütslage der Bevölkerung gegen die Wand fährt. Und wer nicht bereit ist, für eine wehrhafte demokratische Gesellschaftsordnung zu kämpfen, der wird alsbald ebenfalls merken, dass die Zivilisation zum „Deiwei!“ geht. Auch in Deutschland muss in Zukunft gelten: null Toleranz gegen Gewalttäter auf den Straßen und insbesondere gegen diejenigen, die durch Einbruch und alle möglichen Gewaltexzesse ihr Unwesen treiben. Wenn Knöllchenjäger als allgegenwärtige Realität empfunden werden, die Gegenwart von Polizisten dagegen wohl nur als Zufall, dann stimmt die Balance nicht mehr. Gewalttäter müssen wissen, dass sie von Polizei und Justiz konsequent verfolgt und nicht erst nach jahrelangen Ermittlungen bestraft werden. Der Rechtsstaat muss erkennbar durchsetzungsfähiger werden. Handlungsbedarf sehen die Senioren auch im Bereich Pflege. Hier erwartet die Senioren-Union, anknüpfend an die Erfolge des Pflegestärkungsgesetzes, verbindlich mehr Personal und bundesweit einheitliche Qualitätsstandards für eine würdevolle und angemessene Versorgung der Älteren in Pflegeheimen und Senioreneinrichtungen.

■ Gleichzeitig muss die nächste Bundesregierung umgehend eine unabhängige Rentenkommission berufen, die ergebnisoffen und ohne ideologischen Ballast Lösungen zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung vorschlägt. Immer mehr Menschen treibt die Sorge vor Altersarmut. Sie sehen dringenden Handlungsbedarf für ein langfristig belastbares Konzept zur Sicherung des Rentenniveaus. Doch nur wenn die Wirtschaft „brummt“, können auch die Rentner mit steigenden Altersbezügen rechnen. Eine erfolgreiche Sozialpolitik kann nur gedeihen, wenn die Regierung das Thema „Wirtschaft“ konsequent und bevorzugt in

den Fokus nimmt und wirksame Rahmenbedingungen für das notwendige Wachstum schafft und dabei nicht einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie aus den Augen verliert. Dem besonderen Anliegen der Senioren-Union, auf Bundesebene einen Demographiebeauftragten zu ernennen, der die Probleme des demographischen Wandels ressortübergreifend angeht, sollte endlich Rechnung getragen werden. Mehr als jemals zuvor ist die Politik gehalten, den Ausgleich zwischen den Generationen zu fördern, ohne dass diese sich zum Schaden aller gegenseitig überfordern.

■ Weil Heimat und die mit ihr verbundenen festen Wurzeln der beste Schutz vor populistischem Extremismus sind, wollen wir mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland sicherstellen, dass niemand allein deshalb abgehängt wird, nur weil er oder sie in einer bestimmten Region wohnt. Zwei Drittel der Menschen leben in Dörfern, Klein- oder Mittelstädten. Angesichts einer solchen Realität muss eine künftige Bundesregierung einen Masterplan entwickeln, der die Landflucht eindämmt und die existenzielle Attraktivität der ländlichen Regionen bewahrt. Es darf und kann nicht sein, dass die Großstädte allein Wallfahrtsorte von Kultur, Bildung und Arbeit werden. Das würde unser Land auf die Dauer nicht ertragen. Es würde seine Kraft und sein Gesicht verlieren und in die Bedeutungslosigkeit fallen. Neben der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs muss für die ländlich strukturierten Gebiete ein ärztliches, schulisches und kulturelles Angebot erhalten werden, damit neben älteren auch junge Familien in der sogenannten „Provinz“ eine Zukunft sehen und behalten. Grundsätzlich muss sich die Politik wieder stärker zur kulturellen Identität in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands bekennen. Menschen, die stolz auf ihre Heimat sind, kennen ihre Geschichte, ihre Traditionen und sind immun gegen nationalistische Trommler und Raufbolde.

■ In der Flüchtlingspolitik setzen wir auf eine Zuwanderung, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands berücksichtigt. Das Grundrecht auf Asyl bleibt unangetastet. Menschen hingegen, die ihr Asylrecht missbrauchen und Straf- oder Gewalttaten begehen, müssen abgewiesen oder abgeschoben werden. Wäre es anders, unser Staat würde sein Ansehen und seine Kontrolle über den verbrieften Schutz für seine Bürger verlieren. In einem Zuwanderungsgesetz sollte der Zuzug qualifizierter Ausländer geregelt werden, der den unbestritten steigenden Bedarf an Fachkräften in Deutschland zumindest partiell decken könnte.

■ Die Senioren-Union spricht sich dafür aus, ein deutlich stärkeres Gewicht auf die Bildungspolitik zu legen. Die Politik muss ihre Kleinstaaterei im Bildungsbereich stoppen und das Gefälle im Bildungsniveau zwischen einzelnen Bundesländern beenden. An den Schulen muss wieder mehr Grundwissen vermittelt werden, um Schüler besser für eine Ausbildung oder ein Studium zu qualifizieren. Digitalisierung und ständige Weiterbildung sind unverzichtbare Schwerpunkte, die wohl-gemerkt für alle Bewohner in Deutschland vorrangig und uneingeschränkt Bedeutung haben müssen. Dabei hat die Politik besonderes Augenmerk auf die Weiterbildung der Älteren zu richten, ohne deren Arbeit unser Land keine Chance hätte.

Und schließlich ein Merkposten zur Erinnerung: Über ein Drittel aller Wahlberechtigten war bei der vergangenen Bundestagswahl über 60 Jahre alt. Schon aus diesem Grund sollte es ein Zeichen politischer Vernunft sein, die Erfahrungen und Vorschläge der Senioren in den Koalitionsverhandlungen nicht zu vergessen.

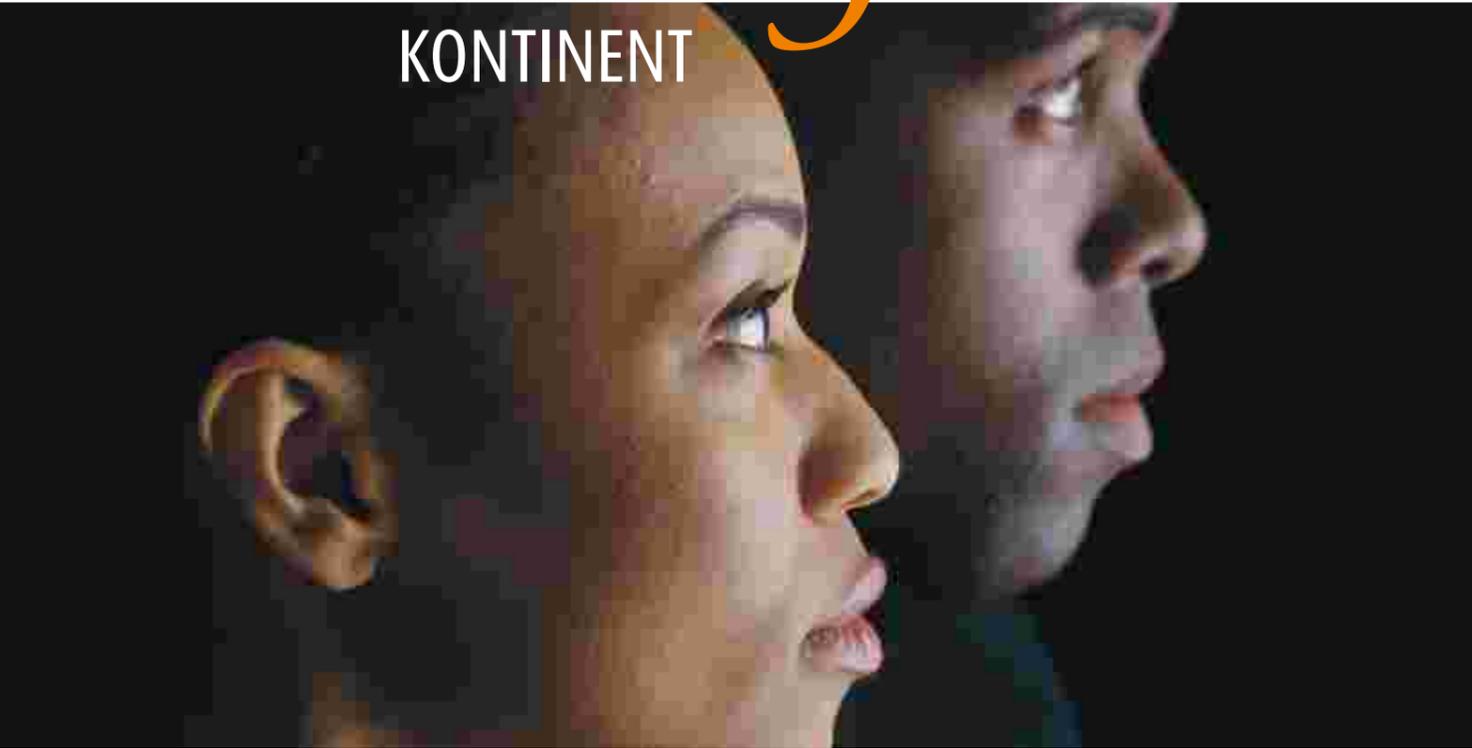
Ein Faktum in der Politik ist beim besten Willen nicht mehr zu leugnen: Wer Wahlen gewinnen will, der wird es ohne die Unterstützung der Seniorinnen und Senioren verflücht schwer haben!



Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender
der Senioren-Union
der CDU Deutschlands

Junger

KONTINENT



Afrika ist der mit Abstand jüngste Kontinent. Die zehn Länder mit der weltweit jüngsten Bevölkerung liegen allesamt in Afrika. Das Durchschnittsalter auf dem Kontinent liegt unter 20 Jahren. Bemerkenswert: Dieser jungen Bevölkerung steht eine ganze Reihe alternder Herrscher gegenüber – viele von ihnen Langzeitpräsidenten. Nun könnte man vermuten, dass dies einfach an der Abwesenheit demokratischer Institutionen und Verfahren liegt. Immerhin macht Afrika derzeit nicht unbedingt mit demokratischem Fortschritt Schlagzeilen. Doch so einfach ist die Erklärung nicht, denn in fast allen afrikanischen Ländern finden mehr oder weniger regelmäßige Wahlen statt. Über die wirkliche Qualität demokratischer Regierung sagt dies aber letztlich nur wenig aus. Ein Blick auf die politische Realität auf dem Kontinent lässt erkennen: Zu einer eher geringen Zahl an eindeutig autokratischen Regimen auf der einen und konsolidierten Demokratien auf der anderen Seite kommt eine große Anzahl an Mischformen – sogenannte Hybridsysteme. Hier ist die Fassade einer Demokratie – und dazu zählen natürlich Wahlen – offenbar vorhanden. Gleichzeitig sind bei genauerem Blick autoritäre Elemente und de facto eine Aushöhlung demokratischer Prinzipien erkennbar. Wie Wahlen in diesem Kontext zu bewerten sind, zeigen

zum Beispiel die Beobachtungen des afrikanischen „Superwahljahrs“ 2016, in dem in gleich 16 afrikanischen Staaten Präsidentschaftswahlen angesetzt waren. In der Mehrheit dieser Wahlen setzten sich die jeweiligen Amtsinhaber – darunter viele Langzeitpräsidenten – durch. Und in den meisten Fällen waren die Wahlen geprägt von ähnlichen Entwicklungen: Schikane gegen Opposition und kritische Medien, Manipulationsvorwürfe, öffentliche Proteste, Nicht-Anerkennung der Ergebnisse durch die Opposition. Solche Trends ließen sich unter anderem bei den Wahlen in Uganda, Äquatorialguinea, Gabun, Sambia, Niger und im Tschad beobachten. Die positiven Beispiele, darunter Ghana und Benin, bilden dagegen die Ausnahme.

Insgesamt lassen die Ereignisse des Wahljahres 2016 den Schluss zu, dass die Qualität der Wahlen in Afrika rückläufig ist. Von wenigen Positivbeispielen abgesehen, werden die Wettbewerbsbedingungen für die Opposition schwieriger, Freiräume für Medien und Zivilgesellschaft schrumpfen, politische Spannungen und Konflikte rund um Wahlen scheinen zuzunehmen. Selbst dort, wo Wahlen den Mindeststandards von Freiheit und Fairness gerecht werden, übersetzen sich diese nicht automatisch in eine Demokratie jenseits

Der Autor:
Mathias Kamp
ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Uganda.

Angesichts weltweit anschwellender Flüchtlingsströme plädieren Politiker immer häufiger dafür, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Klingt vernünftig, ist aber eine äußerst komplexe Aufgabenstellung, wie etwa ein Blick nach Afrika zeigt ...



alte HERRSCHER

des rein prozeduralen Verständnisses. Ein substantielles Demokratieverständnis beinhaltet starke demokratische Institutionen und Gewaltenteilung, die Gewährleistung bürgerlicher Freiheiten, sozialen Ausgleich inklusive Partizipationsmöglichkeiten und Raum für eine freie Presse und Zivilgesellschaft. Dennoch zeigt sich in der Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit immer wieder eine zu einseitige Fokussierung auf Wahlen als Gradmesser der Demokratie. Dies wird den komplexen Dynamiken in den afrikanischen Staaten nicht gerecht. Darüber hinaus haben viele der (semi-)autoritären Machthaber längst dazugelernt und verstehen es, Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen und als Instrument der Machterhaltung und -legitimierung zu nutzen. In vielen der sogenannten „defekten“ Demokratien in Afrika sind die Wahlen bestenfalls umstritten, in manchen Fällen verkommen sie gänzlich zur Farce.

Unter den afrikanischen Machthabern sind zwei Weltrekordhalter: Simbabwe Präsident Robert Mugabe ist mit 93 Jahren der älteste amtierende Staatsoberhaupt weltweit. Seit 1980 regiert er Simbabwe und ist damit der einzige Präsident seit der Unabhängigkeit des Landes. Den Rekord für die längste Amtszeit hält Teodoro Obiang Nguema, der seit 38 Jahren in Äquatorialguinea an der Macht ist. Aber auch andere Präsidenten schlagen sich wacker: Paul Biya zum Beispiel regiert seit 1982 in Kamerun, Yoweri Museveni seit 1986 in Uganda. Auch im Tschad, der Republik Kongo und Ruanda klammern sich Langzeitpräsidenten an die Macht.

Die Politik in diesen Ländern verfolgt in erster Linie die Strategie des Machterhalts (politics of regime survival). Dies steht zunächst einmal nicht in einem grundsätzlichen Widerspruch zum Allgemeinwohl. Schließlich kann eine solche Strategie auch beinhalten, sich durch überzeugende staatliche Leistungen im Sinne des Interesses der Bürger die Wählergunst zu sichern. Die Realität jedoch sieht zumeist anders aus. Studien zeigen, dass die Länder mit Langzeitherrschern - von wenigen Ausnahmen abgesehen - auch mit Blick auf

Entwicklungsindikatoren tendenziell zurückfallen. Die außerordentliche Performanz der Langzeitpräsidenten kann also kaum der entscheidende Faktor sein, der sie an der Macht hält. Wenn überhaupt, spielen eher das persönliche Charisma und der Respekt vor historischen Leistungen eine Rolle. Präsidenten wie Mugabe oder Museveni lassen sich noch immer für ihren Status als „Befreier“ zelebrieren.

Neben dem generellen Hunger nach Autorität und Prestige wird das Streben um den Machterhalt im afrikanischen Kontext durch eine Reihe von Faktoren verstärkt. Der Zugang zur Macht ist in vielen afrikanischen Ländern gleichzusetzen mit dem Zugang zu ökonomischen Ressourcen. Und durch die Konzentration der Macht ist das Amt des Präsidenten der zentrale Schlüssel. Exzessiver Präsidentialismus und Mehrheitswahlrecht nach dem „Winner-takes-all“-Prinzip machen den politischen Wettbewerb zum Nullsummenspiel. Politische Kompromisse, inklusive Regierungsbildungen oder gar eine Machtteilung werden dadurch erschwert. Der Zugang zur Macht bietet zudem die Grundlage für die Versorgung klientelistischer Netzwerke mit Posten und materiellen Anreizen. Auch für einen erweiterten Kreis der politischen Elite lohnt sich die Unterstützung des starken Führers an der Spitze – ist er doch Garant für persönliche Sicherheit, Ämter und Privilegien und letztlich auch für den Schutz vor einer möglichen Verfolgung korrupter Praktiken. Doch warum scheint es gerade afrikanischen Präsidenten so leichtzufallen, einem Wechsel an der Spitze zu entgehen? Hier kommt vor allem der Amtsinhabervorteil zum Tragen, der zwar ein grundsätzlich zu beobachtendes Phänomen bei Wahlen ist, im afrikanischen Kontext aber in besonderer Ausprägung gegeben ist. Denn obwohl Wahlen zur Normalität geworden sind, führen sie in den afrikanischen Ländern meist nicht zu einem demokratischen Wechsel an der Spitze. Im Durchschnitt gewinnen bei 85 Prozent der Präsidentschaftswahlen die Amtsinhaber – sofern sie denn antreten (dürfen).



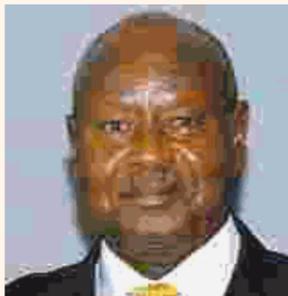
Robert Mugabe,
geb. 1924



Teodoro Obiang
Nguema, geb. 1942



Paul Biya
geb. 1933



Yoweri Museveni,
geb. 1944



Afrika

Afrika MUSS LERNEN, AUF EIGENEN FÜSSEN ZU STEHEN

Eine ganze Reihe von Faktoren können diesen Trend erklären:

1. Manipulationen – nicht nur durch Betrug am Wahltag selbst (Manipulation der Stimmabgabe und/oder Auszählung), sondern auch durch die Nutzung unfairer Vorteile im Wettbewerb seitens des Amtsinhabers, insbesondere durch Einsatz des Staatsapparates und staatlicher Ressourcen.
2. Schwache demokratische Institutionen – wichtige Institutionen wie der Justizapparat bilden oft nicht das erforderliche Gegengewicht, während Sicherheitsorgane wie Militär und Polizei meist ganz im Sinne des Amtsinhabers agieren.
3. Verzerrung der Medienberichterstattung zugunsten des Amtsinhabers durch Nutzung der staatlichen Medien, aber auch aufgrund von aktiver Einflussnahme des Staates auf private und unabhängige Medien.
4. Schikane gegen Kandidaten und Wahlkämpfer der Opposition, indem unter anderem Wahlkampfauftritte unterbunden, Oppositionsaktivisten mehr oder weniger willkürlich verhaftet oder Wahlkampfmaterialien beschlagnahmt werden.
5. Allgemeine Einschränkung politischer Freiheiten auch jenseits von Wahlen und Wahlkampf, zum Beispiel durch restriktive Gesetze zur Versammlungsfreiheit oder zur Regulierung von Medien und Nichtregierungsorganisationen.
6. Schwache Oppositionsparteien, die nicht nur unter Finanzierungsproblemen leiden, sondern oft auch eklatante organisatorische, strategische, personelle und inhaltliche Schwächen aufweisen.

Ein wichtiges Instrument, um die oben beschriebenen Tendenzen einzudämmen, sind Amtszeitbeschränkungen, wie sie auch in vielen Präsidentschaften außerhalb Afrikas üblich sind. Sie minimieren die beschriebenen Vorteile der Amtsinhaberschaft und verhindern in Anbetracht der Tendenzen zu Machtmissbrauch und Manipulation des politischen Wettbewerbs, dass sich gewählte Präsidenten langfristig an der Macht festsetzen. Die Amtszeitbegrenzungen sollen ein gesundes Maß an regelmäßigen Wechseln an der Spitze gewährleisten. Im Zuge der Demokratisierung in den 1990er Jahren wurden entsprechende Klauseln in den Verfassungen von über 30 afrikanischen Ländern verankert. In der Regel wird die Amtszeit auf maximal zwei Mandate beschränkt. Doch mit der Zeit sind diese Regelungen zunehmend unter Druck geraten. Zwischen 1999 und 2016 gab es insgesamt 18 Versuche seitens der Amtsinhaber, die

Verfassung zu ändern, um eine Ausweitung der Amtszeit zu ermöglichen. Zwölf dieser Versuche waren erfolgreich – und in allen zwölf Fällen konnten die Amtsinhaber danach auch die Wahlen für sich entscheiden.

Was bedeutet dieser anhaltende Trend des Machterhalts um jeden Preis für die Zukunft der Demokratie in Afrika? Auch wenn viele der Verfassungsänderungen erfolgreich durchgebracht wurden, so sind sie längst nicht populär. Dass die Mehrheit der Bevölkerung sie eigentlich ablehnt, zeigen Umfragen, aber auch wachsende Proteste in vielen der betroffenen Länder. Beobachter sehen diese Proteste als Zeichen für ein wachsendes politisches Bewusstsein in der Bevölkerung. In der Tat kommt der zunehmende Druck auf Afrikas Langzeitpräsidenten nicht primär von außen, sondern aus dem eigenen Volk. Und hier zeichnen sich einige signifikante Trends ab: Die Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent wird in der Zukunft immer jünger und tendenziell wohlhabender, städtischer, gebildeter und vernetzter sein – und gleichzeitig kritischer und frustrierter. Das sind schlechte Nachrichten für viele Regierungen, insbesondere die „alte Garde“ der Langzeitherrscher, aber gute Nachrichten für die Demokratie – zumindest langfristig. Kurzfristig könnte es durchaus mehr Instabilität bedeuten, vor allem wenn sich autokratische Regierungen mit einer frustrierten und protestierenden Bevölkerung konfrontiert sehen und mit verstärkter Repression reagieren. Manch westlichen Beobachter mag dies mit Unbehagen erfüllen, ist doch in Anbetracht des dominanten Themas Flucht und Migration die Förderung von Stabilität ein zentrales Anliegen. Es wird vor allem darauf ankommen, über welche Kanäle sich Frustrationen entladen und ob pro-demokratischer Druck in konstruktive Bahnen gelenkt werden kann. Devise: weniger Revolution, mehr (demokratische) Evolution. Wer jedoch auf Langzeitherrscher als Stabilitätsgaranten setzt, der agiert kurzfristig. Stattdessen ist es ratsam, dass die westliche Entwicklungszusammenarbeit gerade in den afrikanischen Ländern mit hybriden politischen Systemen einen starken Fokus der Demokratieförderung beinhaltet. Insbesondere das Thema Jugendpartizipation sollte dabei eine wichtige Rolle spielen – es ist in Anbetracht der demographischen Trends ein zentraler Faktor der afrikanischen Demokratieentwicklung. Ein Bekenntnis zur Demokratieförderung als zentralem Element des Engagements in Afrika fußt dabei auf der Überzeugung – und empirischen Erkenntnis –, dass Demokratien langfristig die besseren Garanten für Frieden, Stabilität und Wohlstand sind.

“
Das Thema Jugendpartizipation ... ist in Anbetracht der demographischen Trends ein zentraler Faktor der afrikanischen Demokratieentwicklung.”

BEI REDAKTIONSSCHLUSS ...

putschte in Simbabwe das Militär und setzte Langzeitherrscher Robert Mugabe (93) unter Arrest. Beobachter mutmaßen, dass die Streitkräfte den zuvor geschassten Vizepräsidenten Emmerson Mnangagwa (75) den Weg zur Macht zu ebnen wollen. Ob das die Lage im Land verbessern wird? Ein Schritt zur Demokratie wird das wohl kaum.

Kann man einem Land helfen, wenn es keine stabilen Institutionen, keine unabhängige Justiz und keine solide verankerte Verfassung hat? Nein, sagt die senegalesische Autorin Ken Bugul. Afrika müsse lernen, auf eigenen Füßen zu stehen.

Heute gibt es in Afrika eine ganze junge Generation, die völlig desorientiert ist. Sie ist inmitten von Korruption und politischer Misswirtschaft aufgewachsen, in einer zunehmend materialistischen Gesellschaft, an der teilzuhaben sie nicht die Mittel hat. Diese Jugendlichen stellen mehr als die Hälfte der afrikanischen Gesellschaft; sie haben weder Schul- noch Berufsbildung, keine Zukunft und keine geistigen Werte, auf die sie zurückgreifen können. Meine eigene Kindheit und Jugend war alles andere als einfach; aber in der Bildung fand ich zumindest Wertmaßstäbe. Wenn ich manchmal nichts zu essen hatte, konnte ich immer noch ein Gedicht lesen, eine Landschaft betrachten, um daraus eine Art Nahrung zu ziehen: Ich hatte die geistigen Kapazitäten, einen materiellen Hunger in etwas Geistiges zu transformieren.

Die Jugendlichen heute haben das nicht mehr. Natürlich brauchen sie daneben auch die Fähigkeiten und Chancen, die ihnen tatsächlich Brot auf den Tisch bringen. Diese Probleme müssten dringend angegangen werden, denn andernfalls wird der Kontinent die Welt destabilisieren. Die Migrationsströme werden zunehmen, und niemand wird sie aufhalten können. Niemand. Auch keine Maginot-Linie.

Afrika verkauft sich selbst

Zudem lauert hinter der Destabilisierung, dem Zerfall und Identitätsverlust afrikanischer Gesellschaften, der Perspektivlosigkeit der Jugend auch die Gefahr entsetzlicher innerafrikanischer Konflikte. Sie wird noch verschärft durch

Umweltprobleme und die Folgen des Klimawandels, die auf unserem Kontinent besonders spürbar sind. Und all diese Schwierigkeiten werden zunehmen, denn wir haben jetzt die Chinesen. Wir haben Indien. Die Türkei. Russland. Die Europäer versuchten in der Regel noch, ihre Sache halbwegs gut zu machen, auch wenn das nicht immer glückte. Den Chinesen dagegen ist alles egal. Diktatoren, die das eigene Volk umbringen? Nicht ihr Problem. Sie stellen keine Bedingungen, und obendrein tragen sie massiv zur Korruption bei, denn sie legen immer gleich Geld auf den Tisch.

Zuerst kamen sie mit großen Infrastrukturprojekten. Sie haben Stadien gebaut, Straßen und so weiter. Aber eigentlich wollen sie die Rohstoffe. Sie wollen den Boden. Jetzt ist Afrika dabei, seinen eigenen Grund und Boden zu verschachern. Madagaskar etwa ist zu mehr als der Hälfte verkauft. Im Bank- bereich, in der Telekommunikation, bei den Dienstleistungen und im Energiesektor sind auf dem Kontinent ohnehin schon allenthalben ausländische Firmen präsent. Jetzt aber geht es um die Erde. Afrika verkauft sich selbst.

In dem Dorf, wo ich aufwuchs, ernährten sich die Leute von dem, was der Boden hergab. Die Nahrung war ausreichend, und die Menschen waren gesund. Jetzt aber ist diese Subsistenzwirtschaft akut bedroht. Die Menschen sind krank, viele hungern.

Dennoch bin ich gegen Entwicklungshilfe,





Die Autorin: **Ken Bugul**, Jahrgang 1947, ist das literarische Pseudonym der senegalesischen Schriftstellerin Mariétou Mbaye Biléoma. Der Name kommt aus dem Wolof und bedeutet so viel wie eine, die unerwünscht ist. Nach der Grundschule in ihrem Heimatdorf besuchte sie ein Gymnasium. Danach studierte sie zunächst ein Jahr in Dakar und setzte dann nach Erhalt eines Stipendiums ihre Studien in Belgien fort. 1980 kehrte sie in ihre Heimat zurück und trat als 28. Ehefrau in den Harem des Marabuts ihres Heimatdorfes ein. Nach dem Tod des Patriarchen kehrte Bugul wieder in die Großstädte zurück. Von 1986 bis 1993 arbeitete sie für eine Nichtregierungsorganisation in Nairobi, dann heiratete sie einen Arzt und wurde Mutter einer Tochter. Heute lebt und arbeitet sie als Schriftstellerin in Senegal.



wie sie heute vielerorts praktiziert wird. Was nützt es, helfen zu wollen, wenn die Unterstützung nicht bei denen ankommt, die sie brauchen? Ich war selbst zehn Jahre lang bei einer NGO (Anm. der Red.: Nichtregierungsorganisation) tätig und habe gesehen, wie sich das Geld verflüchtigte, während es durch die Hierarchie der Funktionäre sickerte; von zehntausend Dollar kamen vielleicht noch tausend dem Projekt zugute. Deshalb sage ich: Stoppt die Entwicklungshilfe! Und wenn das passiert ist, formuliert klare Bedingungen für eine künftige Kooperation.

In den 1980er Jahren sagten die Afrikaner, dass sie keine ausländischen Experten mehr wollten. Das hatte durchaus gute Gründe – die Gehälter und Lebenskosten dieser Leute brauchten oft schon die Hälfte des Budgets auf. Da lag die Option nahe, lokale Experten einzusetzen. Aber auch das funktionierte nicht, denn zu diesem Zeitpunkt lebten wir bereits in einem System, das die Mentalität der Kolonisatoren komplett übernommen hatte.

Man kann nicht helfen, wenn es in einem Land keine stabilen Institutionen, keine unabhängige Justiz, keine solide verankerte Verfassung gibt, wenn Präsidenten wie Robert Mugabe, Paul Biya, Idriss De'by oder Denis Sassou-Ngues sich lebenslang an die Macht klammern. Bei der Entwicklungshilfe arbeiten Länder mit starken, gefestigten Institutionen mit Ländern zusammen, die nichts respektieren, die nichts für ihr Volk oder ihre Jugend tun. Das kann nicht funktionieren.

In Senegal haben wir Abertausende von Talib'e auf den Straßen – Koranschüler, die um Geld und Essen betteln. Abertausende Kinder, die auf der Straße leben, sich durch den Verkehr drängen, vor Nachtlokalen schlafen, vor Banken, Bäckereien, überall. Und der Staat? Tut nichts. Als der amerikanische Botschafter nach Dakar kam, war er fassungslos, die zahllosen bettelnden Kinder zu sehen. Flugs hat man sie eingesammelt; eine Woche danach waren sie wieder da. Es war pure Augenwischerei. Wenn Amerika auf der Stelle beschlossen hätte, keine Hilfsgelder mehr herauszurücken, bis für diese Kinder eine Lösung gefunden ist, das wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen; der Botschafter hätte sagen können: Gut, wenn ihr Entwicklungshilfe haben wollt, dann werden wir Schulen bauen.

Meines Erachtens wäre die allererste Prämisse, die Leute darauf zu verpflichten, sich selbst zu helfen. Sobald man sieht, dass sie entsprechende Anstrengungen unternehmen, kann man ihnen die Dinge bringen, die sie brauchen, um die Arbeit zu Ende zu führen. Wenn man aber Geld oder Material schickt und nichts damit geschieht, dann müssen schnellstens die Konsequenzen gezogen werden.

Es ist nötig, die Projekte zu begleiten, auch wenn es nur um einen Zugang zu Trinkwasser oder um eine kleine Entbindungsklinik geht. Eine Regierung, die solches mit Steuergeldern finanziert, hat auch das Recht zu wissen, ob das Projekt funktioniert. Aber natürlich besteht da im Westen eine gewisse Scheu, solche Kontrollmechanismen einzusetzen. Man will – erst recht in einem historisch so belasteten Umfeld wie Afrika – die Souveränität der Staaten respektieren.

Kredite statt milde Gaben

Allerdings kann ich nicht wirklich daran glauben, dass der nötige fundamentale Wandel vollzogen wird, denn mit dem Geld, das man für Entwicklungsprojekte einsetzt, sind ja auch in den Geberländern Interessen verbunden. Aber wenn man eine bessere Welt haben will, dann müsste man sich diesen Fragen stellen.

Ungleich besser als Entwicklungshilfe scheint mir das System der Mikrokredite. Die Kanadier haben schon vor 30 Jahren mit diesem Konzept gearbeitet: Sie richteten kleine Fonds ein, vor allem für die Frauen in ländlichen Gebieten. Mit dem geliehenen Geld konnten diese einen Gemüsegarten anlegen, kleine Kooperativen gründen, etwa für die Verarbeitung von Fisch, oder ein Kunsthandwerk ausüben; das erlaubte es vielen Frauen, ein Einkommen zu erwirtschaften. Und ein Mikrokredit ist keine milde Gabe: Dieses Prinzip lässt den Empfängerinnen auch ihre Würde. Solange man sich im Westen nicht wirklich dafür interessiert, was in Afrika passiert, ist alle Hilfe ein Schlag ins Wasser, und die Immigrationsströme werden wachsen. Manchmal komme ich von einem Gang durch Dakar völlig aufgelöst nach Hause. Wir befinden uns mitten in einer Tragödie, und ich kann rein gar nichts tun. Einmal sagte ich: Ich werde mich nackt ausziehen und so zu unserem Präsidenten gehen. Die Leute haben gelacht und gesagt: Ach Maman, sie werden dich bloß verhaften. Aber ich halte es nicht mehr aus, in dieser Ungerechtigkeit, dieser Misere, dieser Unverantwortlichkeit und Gewalt zu leben. In einer Welt, wo ausgehungerte Afrikaner andere Afrikaner ansehen müssen, die dick und fett sind, mit goldenen Klunkern behängt, die Taschen voll Geld. Nicht mehr die Europäer sind unser Problem; wir sind es selbst.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung vom 1.9.2017, ©NZZ AG

DENKMAL. EIN WORT DER REFORMATION.



Durch Martin Luthers Schriften haben auch viele neue und einzigartige Worte den Weg in unseren Sprachgebrauch gefunden – wie z. B. das Wort „Denkmal“.

Mehr über die Geschichte Martin Luthers und seine Auswirkungen auf unsere Denkmale: www.luther-jubilaum-2017.de

Wir erhalten Einzigartiges. Mit Ihrer Hilfe.

Spendenkonto

IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG

www.denkmalschutz.de



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

| DIESEL raus, UND ALLES IST gut



Mit intensiver Straßenreinigung dem Feinstaub Kontra geben. © DEKRA

Luftqualität in Deutschland

Seit Jahren wird die Luft in Deutschlands Innenstädten immer besser. Das Umweltbundesamt (UBA) spricht von einem Rückgang allein der Stickstoffdioxid(NO_x)-Emissionen um 59 Prozent zwischen 1990 und 2015, wobei daran allerdings der Anteil des „giftigen Stickstoffdioxids“ (NO₂) zunehme. Auch die Feinstaubbelastung ist im selben Zeitraum gesunken: Das UBA beziffert den Rückgang von Partikeln mit einem maximalen Durchmesser von 2,5 Mikrometern (PM 2,5 – PM = particulate matter) auf 49 Prozent. Die Emissionen sollen weiter gedrückt werden. Bis zum Jahr 2020 wurde für Deutschland im Rahmen internationaler Vereinbarungen (u.a. Göteborg-Protokoll) eine Emissionsminderungsverpflichtung für PM 2,5 um 26 Prozent gegenüber 2005 festgelegt, bis 2030 sollen diese Emissionen gar um 43 Prozent gegenüber 2005 sinken. Die NO_x-Emissionen sollen bis 2020 um 39 Prozent gegenüber 2005 verringert werden, bis 2030 ist eine Reduktion um 65 Prozent vereinbart.

Umweltzonen und Feinstaub

Die sinkenden Feinstaubwerte gelten als Erfolg der mittlerweile 55 in Deutschland ausgewiesenen Umweltzonen. Doch ist das richtig? Woher stammt der Feinstaub überhaupt? Emittenten sind beispielsweise Öfen, Kamine und Heizungen in Wohnhäusern, Baustellen, der Umschlag von Schüttgütern, Metall- und Stahlerzeugung, Flugzeuge beim Verbrennen von Kerosin, Kraftfahrzeuge (Diesel und Benzin) – aber auch die Landwirtschaft (Bodenerosion, Ammoniakemissionen aus der Tierhaltung). Aufgewirbelt wird der Straßenstaub sogar zu einem nicht unerheblichen Teil durch Sonneneinstrahlung (der Boden wird erwärmt, warme Luft steigt auf und sinkt – abgekühlt – wieder zurück), darauf weist das

Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme IVI hin. Fazit des IVI: „Umweltzonen leisten bisher keinen nachweisbaren Beitrag zur Verminderung der Feinstaubwerte.“ Bislang kaum diskutiert: Feinstaubpartikel aus Straßenabrieb und Aufwirbelung. Die Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt Empa hat schon 2011 auf ihre Studienergebnisse verwiesen: Mechanische Abriebprozesse an Bremsen, Reifen und Straßenoberflächen sowie die Wiederaufwirbelung von „normalem“ Staub sind in Städten für mehr als die Hälfte der Feinstaubemissionen des Straßenverkehrs verantwortlich. Nach dem aktuellen Luftschadstoff-Emissionskataster 2014 der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) entstehen nur 8 Prozent des lokalen Gesamtstaubanteils durch Abgasemissionen von Kraftfahrzeugen (inklusive schwere Nutzfahrzeuge) vor Ort, aber über 91 Prozent durch den Abrieb von Reifen und Bremsen sowie durch Aufwirbelung. Beim PM10-Feinstaub (Partikelgröße maximal 10 Mikrometer) liegt der Anteil des Abgases immerhin bei rund 23 Prozent, fast 77 Prozent des PM10-Feinstaubes gehen auf das Konto Abrieb und Aufwirbelung. Am vielgenannten Hotspot „Am Neckartor“ in Stuttgart fallen nur 7 Prozent der gemessenen PM10-Belastungen durch Abgase an, 39 Prozent sind dem Reifen- und Bremsenabrieb geschuldet. Aber: 54 Prozent der Feinstaubbelastung sind auch ohne den Straßenverkehr in der Stadt Stuttgart vorhanden (Quelle: Drucksache 16/1089 vom 29.11.2016, Landtag von Baden-Württemberg, Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr).

Interessant: Das Paul-Scherrer-Institut PSI hat aktuell in einer wissenschaftlichen

Feinstaub und Stickstoffdioxide – dieses Duo gilt als hochgefährlich und soll für dicke Luft in vielen deutschen Städten verantwortlich sein. Der ausgemachte Hauptübeltäter: Dieselautos. Deshalb sollen die als „Stinker“ titulierten Karossen jetzt Fahrverbot erhalten in Deutschlands Innenstädten. Ist das sinnvoll oder gibt es Alternativen? Ein Faktencheck.

Studie nachgewiesen, dass Dieselmotoren mit Partikelfilter weniger kohlenstoffhaltigen Feinstaub ausstoßen als moderne Benzinmotoren, deren Emissionen in der Atmosphäre durch chemische Reaktion sogar deutlich giftiger sein sollen als die Abgase aus Dieselmotoren. Die Empa kommt in einer ebenfalls aktuellen Untersuchung zu dem Ergebnis, dass Benzin-Direkteinspritzer gleich viele Rußpartikel ausstoßen wie ungefilterte Diesel vor 15 Jahren. Und: Die Partikel sind so winzig, dass sie, einmal eingeatmet, für „immer im Körper bleiben“. Besonders schlimm: Auf der Oberfläche der Partikel lagern sich flüssige oder feste chemische Gifte aus dem Verbrennungsprozess ab, die in den Blutkreislauf eingeschleust werden

– unter anderem Benzo(a)pyren, eine Krebs erregende Substanz, die auch im Zigarettenrauch enthalten ist.

Umweltzonen und Stickstoffdioxide

Bei allen Verbrennungsprozessen fallen NO_x an. Es gibt deshalb selbstverständlich einen Zusammenhang zwischen dem Verkehrsaufkommen und dem Aufkommen von NO_x. Das Dilemma: Je effizienter der Motor arbeitet, je höher also die Motortemperatur ist, umso mehr Stickstoff wird verbrannt. Die Folge: Zwar sinken bei besserer Motorleistung die Feinstaubemissionen, der Ausstoß von Stickstoffdioxid dagegen steigt an. Da in Umweltzonen meist nur Fahrzeuge mit grüner Feinstaubplakette zugelassen und Fahrzeuge mit roter oder gelber Plakette aus den Innenstädten ausgesperrt sind, führt die derzeitige Plakettenregelung folglich zu einem höheren Ausstoß von NO₂. Zu diesem Schluss gelangt ein Gutachten des Fraunhofer IVI aus dem Jahr 2011. Abhilfe schafften erst hochmoderne Fahrzeuge mit der Abgasnorm Euro 6c. Hier kommt die umstrittene und derzeit auf Eis liegende „Blaue Plakette“ ins Spiel. Sie soll Autos mit geringem Stickoxidausstoß kennzeichnen.

Professor Matthias Klingner, Institutsleiter beim Fraunhofer IVI, macht einen ganz anderen Vorschlag, um die NO₂-Problematik in den Griff zu bekommen. Man könne „die Feinstaub-Grenzwerte für Abgase entschärfen oder ganz darauf verzichten“, sagt er im Interview mit den Dresdner Neuesten Nachrichten vom 21. Juli. „In dem Fall könnten die Motortemperaturen auch wieder herabgesetzt werden, und die Stickoxid-Belastungen gingen zurück.“ Darüber hinaus hätte man mit dieser Lösung „unsinnige Grenzwerte über Bord geworfen“, da großzügigere Vorschriften für die Partikelemissionen der Autos „keinerlei Einfluss auf das haben würden, was

derzeit in der Umwelt gemessen werde“ (s. obenstehenden Absatz zu „Umweltzonen und Feinstaub“). Leider sei dieses Thema, erklärt Klingner gegenüber den Dresdner Neuesten Nachrichten, „politisch völlig verbrannt, und die umweltpolitischen Debatten sind durchaus polemisch“.

Alternativen zum Aussperren von Diesel

IVI-Forscher Klingner sieht das größte Schadstoffminderungspotenzial bei Stickstoffdioxid unter anderem in einer intelligenten Regelung des Verkehrsflusses und nicht im Aussperren von Dieselfahrzeugen. Bei flüssigem Verkehr sei der NO₂-Ausstoß je nach Straßentyp und Geschwindigkeit um 29 bis 55 Prozent geringer als bei Stopp & Go. Auch die Einführung von einem Tempo-30-Limit sei kontraproduktiv, da die optimale Auslegung der Motoren bei 50 und 120 Kilometern pro Stunde liege, erklärt der IVI-Institutsleiter.

Auch der fahrradfreundliche Ausbau von Innenstädten könnte ein Instrument zur weiteren Verbesserung der urbanen Luftqualität sein, ebenso Car-Sharing oder alternative Antriebe für Stadtbusse. Die Forcierung von E-Fahrzeugen wäre zwar auf den ersten Blick gut fürs Klima. Aber derzeit erscheint das Konzept insgesamt noch unausgereift (z.B. wirken sich die Herstellung und das Recycling moderner Lithiumionen-Batterien negativ auf die Umweltbilanz im Vergleich zum Verbrennungsmotor aus).

Schadhafte Straßenbeläge führen, so die Empa, zu hohen Feinstaubemissionen – wie übrigens

Der Feinstaubgrenzwert ist eigentlich völlig widersinnig: Was wir mit den Messgeräten messen, ist zu 90 Prozent natürlicher Feinstaub, und an diesem Feinstaub ist niemand gestorben bisher – der ist seit Jahrmillionen in der Luft. Der Anteil der Diesel-Pkws daran ist so marginal, dass man ihn eigentlich gar nicht messen kann.

Prof. Matthias Klingner, Leiter Fraunhofer-Institut für Verkehrssysteme Quelle: hr-info

auch verschmutzte Straßen. Lösung: Marode Straßen sanieren und für Sauberkeit sorgen. Die Sachverständigenorganisation DEKRA hat im Juli erste Ergebnisse des Feinstaub-Versuchs in Stuttgart vorgelegt. Ergebnis: Eine zielgerichtete, intensive Straßenreinigung könnte ein wirkungsvoller Beitrag zur Reduzierung der lokalen Entstehung von Feinstaub an verkehrsreichen Straßen in Großstädten sein. Für konkretere Aussagen zur Auswirkung auf die Feinstaubwerte empfiehlt die DEKRA indes einen längeren Versuch im kommenden Winter.

Claudia B. Oberholz

NO₂-Grenzwerte

Während in früheren Jahren vor allem die Reduzierung von Feinstaub im Vordergrund stand, wird heute die Belastung der Luft vor allem mit NO₂ diskutiert, da der EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm je Kubikmeter (µg/m³) im Jahresmittel nach UBA-Angaben an rund zwei Dritteln der Messstationen in Deutschland überschritten wird. Der Grenzwert am Industriearbeitsplatz liegt übrigens mit 950 µg/m³ um gut das 24-Fache höher, im Büro sind immerhin noch 60 µg/m³ erlaubt. Warum der Unterschied? O-Ton Umweltbundesamt: Ein Arbeitsplatzgrenzwert ist ein Wert für die zeitlich begrenzte Belastung gesunder Arbeitender, während durch NO₂ in der Außenluft auch empfindliche Personen rund um die Uhr betroffen sein könnten.

Ob es einen kausalen Zusammenhang zwischen NO₂-Belastungen und negativen Effekten auf die Gesundheit gibt, ist umstritten, wird aber in Expertenkreisen zumindest als „naheliegender“ bezeichnet. Im Abschlussbericht des Deutschen Bundestags zum Dieselskandal (Drucksache 18/12900 vom 22. Juni, S. 167) haben sich die Sachverständigen „übereinstimmend dazu geäußert, dass sich aus der isolierten Betrachtung einzelner Schadstoffkonzentrationen keine eindeutigen Bezüge zu gesundheitsschädlichen Effekten herstellen lassen“. Es sei stets das „Schadstoffgemisch zu betrachten und in Beziehung zu regionalen und sozialen Faktoren zu setzen“.

/ WEITGEHEND *allein* GELASSEN?

Dr. Ing. Rainer Jork, Jahrgang 1940, Ingenieur und Erfinder, war 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Danach saß er von 1990 bis 2002 für die CDU im Deutschen Bundestag. Zudem war er lange Jahre Mitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union und engagierte sich weiterhin als Vorsitzender der Senioren-Union Meißen. Für Souverän hat er einige Gedanken über die Wahlerfolge der AfD in den ostdeutschen Bundesländern zu Papier gebracht.

Die Bundestagswahl am 24. September 2017 hat Spuren hinterlassen. Was hier geschah, hatte ich nicht erwartet – vor allem nicht den markanten Zuwachs für die AfD, besonders in Sachsen, hier u.a. den Verlust von drei Wahlkreisen zu Lasten der CDU. Offensichtlich bestimmen emotionale Prägungen, Rachegefühle für empfundene Enttäuschungen, aber auch Fragwürdigkeiten um die sächsische Union deutlich mehr das Wahlverhalten als die Frage nach Kompetenz und Integrität einer Partei oder deren Mitglieder, und das mit Blick auf eine völlig unberechenbare, diffuse neue Partei. Warum konnte die AfD gerade in Sachsen ohne ein verbindliches Programm, ohne Kalkulierbarkeit und ohne glaubwürdige, aber zerstrittene Vertreter solch einen Wahlerfolg haben? Offenbar ging es den AfD-Wählern vor allem um Protestaussagen: Alle anderen traditionellen Parteien mögen wir nicht, die sind für das empfundene Dilemma verantwortlich. Sie sind „die Politik“, und wir, das Volk, werden nicht verstanden – und das auf relativ (natürlich unterschiedlich) hohem materiellem Lebensniveau und bei relativ geringer Arbeitslosigkeit.

Man demonstriert eine Empörungskultur, ohne echte Problemlösungen im Auge zu haben: „Es muss sich doch was ändern.“ Was mag in Sachsen dabei besonders sein?

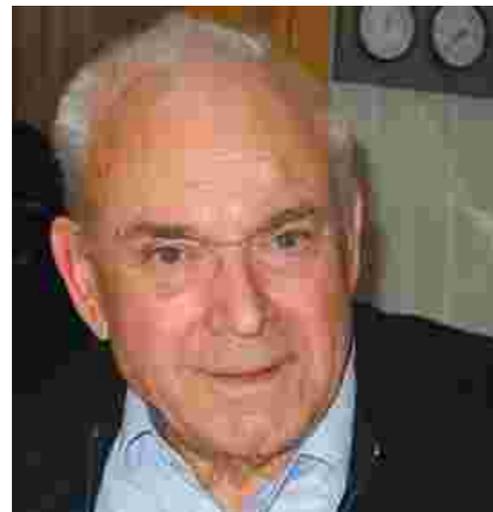
1. Fremdbestimmung und Mediokratie.

Nach der friedlichen Revolution erwarteten wir Freiheit ohne Fremdbestimmung, wollten endlich

wieder Herr im eigenen Hause sein, auch ein Heimatgefühl leben dürfen. Wir erwarteten eine Demokratie (ohne sie aus Erfahrung richtig zu kennen und auch als Mitwirkungsverpflichtung auf Dauer zu verstehen) und bekamen eine getarnte Mediokratie, die im Eigeninteresse Aufregung, Empörung und Skandale liefert und so Meinung produziert. Berichte und Kommentare werden nicht deutlich getrennt. Sachsen gehörte in wesentlichen Teilen im DDR-Jargon zum „Tal der Ahnungslosen“ (ARD = außer Raum Dresden). Die AfD hält sich nicht an die Sichtweisen der deutschen Leitmedien, an „politische Korrektheit“, sie schaut „dem Volk aufs Maul“ und wird offenbar allein darum schon sympathisch und wählbar.

2. Nationalbewusstsein.

In der DDR wurde die Identität als Deutscher nicht zugelassen – zugunsten einer sozialistischen Internationalität unter Führung der Sowjetunion. Nach der friedlichen Revolution konnte sich auch eine Aufgeschlossenheit gegenüber Fremden in Sachsen angesichts der in Deutschland nicht integrierten Ausländer nicht ausreichend entwickeln. Die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft und die damit verbundene nationale Beliebigkeit führten zu Unverständnis, Enttäuschung und Überforderung. Andererseits hatte man bereits in der alten Bundesrepublik erforderliche Integrationsbemühungen – vor allem mit den türkischen Gastarbeitern – lange versäumt und sich mit Parallelgesellschaften abgefunden, auch sprachliche Ghettos geduldet, sich in



materiellem Wohlstand daran gewöhnt. Beim Besinnen auf eine eigene nationale Identität fühlt man sich in Sachsen deshalb weitgehend alleingelassen.

3. Geschichtliche und geographische Besonderheiten.

Sachsen hat lange Grenzen zu Polen und Tschechien, die als offen empfunden werden und auch nach Osten über Polen hinaus funktionieren. Organisierte Banden können hier über kürzeste Wege auch große Baumaschinen und Rinderherden verschieben, und die Balkanroute funktioniert auch über diese Grenzbereiche für Flüchtlinge aller Art hinein nach Sachsen und Deutschland. Die Bevölkerung hat Sorgen, eben zum Beispiel im Bereich der Wahlkreise Sächsische Schweiz und Görlitz, wo die AfD die besten Ergebnisse einfuhr.

4. Klare Sprache.

Zu jeder nationalen Identität gehört auch der Umgang mit der eigenen Muttersprache. Im Westen hat man sich über Jahre an solch einen Mischmasch gewöhnt, weiß oft schon nicht mehr, woher die Worte kommen, was sie eigentlich bedeuten (von der deutschen Schnittmenge aus der Mengenlehre über Gender-Mainstreaming bis cool). In der DDR lernte man als Fremdsprache Russisch, nicht Englisch. Russische Wörter wurden bis auf einzelne ideologisch geprägte Begriffe aber selbst in dieser Diktatur nicht verwendet. Die Verleugnung, der Missbrauch der deutschen Muttersprache, die oft sinnfreie oder völlig unnötige Verwendung von Fremdwörtern oder gar Mischwörtern („denglisch“) empfindet man oft als Selbstverleugnung oder gar Verdummung. Die AfD spricht das zu Recht an und findet damit Akzeptanz. Sie erzeugt so auf einfacher Ebene ein Wir-Gefühl. Die CDU muss sich überlegen, wo dies für sie zutrifft.

5. Keine Denkverbote.

National zu denken ist in Deutschland gefährlich. Schnell wird man als nationalistisch, gar nationalsozialistisch eingestuft. Ideologische Schubkästen werden gefüllt, wie wir es in der DDR erlebten. Wir erleben in anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks eine nationale Selbstfindung, die in Deutschland flugs als rechtslastig oder nationalistisch diffamiert wird. Das erzeugt Trotz und Frust. Da tritt nun eine Partei bei dem Thema hemmungslos auf. Man empfindet das als Befreiungsschlag und wählt sie. Die Bevölkerung Sachsens hatte stets eine

besondere, oft auch sehr persönliche Bindung vor allem zu Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Muss man sich da wundern, wenn auch heute eine politische Nähe dorthin empfunden wird? Schnell wird man in den Medien zu einem Nazi oder Judenhasser gestempelt. Man empfindet als Vertreter einer etablierten Partei allgemein einen Zwang, sich möglichst politisch korrekt auszudrücken oder gar eine klare Antwort zu vermeiden. Dabei muss man aber immer damit rechnen, aus dem Zusammenhang gerissen zitiert und nach Gutdünken interpretiert zu werden. So aber vermisst der Normalbürger oft eine klare Sprache und Antwort bei Politikern. Das gilt vor allem im Osten Deutschlands mit Blick auf die Erfahrungen in der DDR. Diese Probleme empfinden Vertreter der AfD offenbar nicht. Sie äußern sich ungehemmt und ohne Rücksichtnahme und wirken damit mutig und ehrlich. Aufgestellte und breitgetretene Fettnäpfchen

Meinung unter der Mitgliedschaft und vor allem die Themen Energiewechsel, Lehrermangel und unkontrollierte Zuwanderung. Die AfD sprach das so deutlich an, wie es auch viele CDU-Mitglieder empfinden. Der Normalbürger versteht dann eben auch nicht, warum diese Partei dafür – auch seitens der CDU-Führung – in die Naziecke gestellt wird. Die sächsische Union muss basisnah und personell ihr eigenes Profil im Rahmen der CDU Deutschlands wiederfinden, sodass auf Sachsen bezogene inhaltliche, konzeptionelle Entscheidungen fallen. Ich gehe davon aus, dass weitere personelle Wechsel bis zum Dezember diskutiert werden, wünsche mir aber, dass man sich vor allem an Themen orientiert. Für die Medien ist das jedoch aus meiner Sicht nicht so attraktiv: Es müssen Köpfe rollen. Das versteht jeder.

In Sachsen überlagern sich beim Blick auf die Akzeptanz und Wahlergebnisse der AfD

Wir erwarteten eine Demokratie und bekamen eine getarnte Mediokratie.

verhelfen ihnen vielmehr zu größerer Bekanntheit und vermitteln den Eindruck, dass sie mehr als andere die Wahrheit erkennen und auch offen sagen.

6. Fragwürdigkeit um die Sächsische Union.

Die Sächsische Union betonte bereits nach 1990 von der Namensgebung her ein gewisses Eigenprofil. Davon ist seit längerem leider nichts mehr spürbar. Allein das Ablehnungsverhalten bei der sog. „Ehe für alle“ reicht nicht. Warum wird nicht einer vernünftigen Limitierung bei der Zuwanderung (außerhalb der echten Asylbegehren) das Wort geredet? Ein gewisser inhaltlicher Schulterschluss mit der CSU war und ist anzuraten. Das betrifft seit einiger Zeit aus meiner Sicht durchaus eine repräsentative

also deutschlandweit wirkende, nicht erfüllte Erwartungen an „die Politik“ mit geographisch und geschichtlich erklärbaren Besonderheiten und dem Verhalten der Sächsischen Union. Es ist unfair, die Sachsen dafür besonders anzuprangern (weil die Hintergründe nicht verstanden oder ignoriert werden). Wie bald nach 1990 erlebt, als in Sebnitz ein Ausländerkind in einem Freibad ertrank und weltweit ziemlich stabil völlig ohne Grundlage in den Medien dafür der neu aufblühende Nationalsozialismus in der Sächsischen Schweiz beschworen wurde, führen solche skandalträchtigen Meldungen wohl zu höheren Einschaltquoten und Absatzzahlen von Druckmedien, schaffen aber sich verfestigende Vorurteile, die Menschen diffamieren, Trotzreaktionen erzeugen und durchaus auch Wahlverhalten beeinflussen. ❏

„Smarte“ OBJEKTE FÜR DEN ALLTAG

Mit zunehmendem Alter werden viele Menschen weniger aktiv als zuvor. Ihre Mobilität wird durch Barrieren in der öffentlichen Infrastruktur zusätzlich eingeschränkt. Hier könnten „smarte“ Objekte helfen, die Mobilität von Senioren zu verbessern. Im Forschungsprojekt UrbanLife+ untersuchen Wissenschaftler und Praktiker, wie die Infrastruktur „smart“ und seniorenfreundlich werden kann.

Aktivität ist im Alter oft nicht mehr in dem Maße möglich wie gewünscht. Wenn das Nach Draußen-Gehen gesundheitsbedingt schwerer fällt, dann erlangen Unzulänglichkeiten der Infrastruktur und fehlende Dienstleistungen eine ganz andere Bedeutung. Barrieren sind vielfältig, wie beispielsweise gefährliche Gehwege, schlechte Wegbeleuchtung, Angst vor Kriminalität oder das Fehlen von öffentlichen Toiletten und Ausruhmöglichkeiten.

Die Kataloge mit Anforderungen an das barrierefreie Bauen und die barrierefreie Stadtgestaltung sind umfangreich. Allerdings gehen infrastrukturelle Verbesserungen nur sehr langsam voran. Angesichts leerer Kassen der Kommunen sind kaum Investitionsmittel für die seniorenfreundliche Stadt vorhanden. Hier setzt die Idee der „smarten Objekte“ an, die im von der Bundesregierung geförderten Forschungsprojekt UrbanLife+ verfolgt wird. Mit smarten Objekten rücken Informationstechnologien (IT) in den Mittelpunkt, um infrastrukturelle Barrieren zu verringern. Smart bedeutet hier, dass städtebauliche Objekte mit seniorengerechten Benutzerschnittstellen und Funktionen ausgestattet werden. Dies nennt man auch Mensch-Technik-Interaktion (MTI) im Sinne einer einfachen und verständlichen Bedienung, vergleichbar mit Alltagsgeräten.

Beispielobjekte sind Bushaltestellen, Straßenlaternen, Parkbänke und Informationstafeln. Die smarte Bushaltestelle informiert den Bus-

fahrer über wartende Senioren, die besondere Einstiegshilfen benötigen. Die smarte Straßenlaterne passt ihre Helligkeit dem individuellen Sehvermögen des Passanten an. Die smarte Parkbank ändert Sitzhöhe und Neigungswinkel für Senioren, wenn sie Platz nehmen und wieder aufstehen. Die smarte Informationstafel stellt für Senioren individuelle Informationen und Angebote in der Umgebung bereit.

Smarte Objekte sollen Senioren entlang ihrer alltäglichen Wege in der Stadt helfen. Kann ich mit dem Rollator mein Ziel sicher und bequem erreichen? Liegen auf dem Weg mir unbekannte Gefahrenstellen? Kann ich unterwegs persönliche Hilfeleistungen anfordern, wenn ein unerwartetes Problem auftaucht? Dies sind exemplarische Fragen der Zielgruppe von UrbanLife+. Angesprochen werden Senioren, die außerhalb aktiv, aber altersbedingt in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Möglichst viele verschiedene smarte Objekte sollen in ein übergreifendes Assistenzsystem zusammengeführt werden, erklärt Projektleiter Dr. Jörg Leukel von der Universität Hohenheim in Stuttgart. „Die Mobilitätsanforderungen unserer Zielgruppe sind sehr breit gefächert. Daher arbeiten im Projekt Pflegewissenschaftler, (Wirtschafts-)Informatiker, Stadtplaner und Unternehmen interdisziplinär zusammen.“

Die Projektentwicklungen sind auf die praktische Umsetzung in der Stadt Mönchengladbach ausgerichtet. Mönchengladbach ist eine von



nur fünf Modellkommunen, die im Wettbewerb „Innovationen für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ausgewählt wurde. Die Sozial-Holding der Stadt Mönchengladbach GmbH koordiniert die Umsetzung vor Ort. Im Oktober 2017 hat die Sozial-Holding im Stadtteil Hardterbroich ein neues Altenheim eröffnet. Erste Prototypen smarter Objekte werden derzeit im Altenheimgebäude in Betrieb genommen und stehen somit den Bewohnern von Beginn an zur Verfügung. Schritt für Schritt sollen weitere Objekte folgen, zunächst in den Außenanlagen (z.B. Parkbank im Gartenbereich), gefolgt von der näheren öffentlichen Umgebung. Der Gedanke ist, dass um das Altenheim ein smartes und seniorenfreundliches Quartier entsteht.

Benötigen Heimbewohner künftig ein Smartphone, wenn sie nach draußen gehen? „Ein Smartphone ist nicht erforderlich. Smarte Objekte stellen auch unkomplizierte Interaktionsmöglichkeiten bereit, beispielsweise über Sprachsteuerung, akustische und visuelle Signale sowie passive Miniaturchips wie Armbänder, die Senioren bei sich tragen können“, versichert Susanne Wallrafen, Projektleiterin der Sozial-Holding. Bei all den neuen technischen Möglichkeiten ist es wichtig, die individuellen Kompetenzen von Senioren gut zu kennen.

Smarte Objekte und neue Assistenzsysteme dürfen die Senioren nicht überfordern. Die Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass Senioren von der Teilhabe ausgeschlossen werden. Auf die Gefahren einer digitalen Spaltung deuten auch Ergebnisse einer Bürgerbefragung hin, die in zwei Stadtteilen Mönchengladbachs durchgeführt wurde. Hieran beteiligten sich mehr als 1.300 Senioren. „Zwar sind zwei von fünf Senioren täglich im Internet, allerdings ebenso viele nutzen nie das Internet“, berichtet Projektmitarbeiterin Barbara Schehl von der Universität Hohenheim. Von den jüngeren Senioren sind bereits 80% täglich oder mehrmals wöchentlich online. Die meisten Senioren nutzen das Internet, um Informationen zu suchen oder Bilder und

Videos anzuschauen, wohingegen nur wenige soziale Medien nutzen. Gerade die älteren und stärker unterstützungsbedürftigen Senioren sind viel weniger IT-affin und äußern häufiger Vorbehalte gegenüber der IT-Nutzung.

Welche Rolle spielen Kommunen bei der Entwicklung smarter Objekte?

Erstens kommt es darauf an, die für die Seniorenmobilität besonders kritischen Stellen in einer Stadt zu identifizieren und Verbesserungen dort zu konzentrieren. Hierfür entwickelt das Projekt einen Safety-Atlas, welcher Stadtplanern und MTI-Entwicklern aufzeigen soll, wie Stadtquartiere sicher für Senioren gestaltet werden sollten. Der Safety-Atlas beinhaltet detaillierte Karten mit Daten wie Höhe von Bordsteinen, Breite und Neigung von Fußwegen oder die Länge von Ampelphasen. Hinzu kommen Daten zur Soziodemographie, zu Einzelhandel (z.B. ob Geschäfte barrierefrei zugänglich sind), privaten und kommunalen Dienstleistungen sowie öffentlichem Personennahverkehr. Mit Hilfe des Safety-Atlas können Detailanalysen durchgeführt werden: beispielsweise zur Erreichbarkeit des Stadtgebiets mit Gehhilfen wie Rollator, Rollstuhl und E-Scooter oder zum Zeitbedarf, um die nächstgelegene öffentliche Toilette zu erreichen. Die Ergebnisse werden in anschaulichen und zugleich hochauflösenden Karten dargestellt.

Zweitens ist der Aufbau eines lokalen Netzwerks von verschiedenen Akteuren aus Kommune, Sozialdienstleistungen, Wirtschaft und Wissenschaft wichtig. Das Projekt UrbanLife+ steht hier beispielhaft für den Praxis-Wissenschaft-Dialog. Es ist bereits gelungen, über das Projekt hinaus weitere lokale Akteure zur Mitwirkung zu gewinnen. Die Projektpartner sind zuversichtlich, dass in der „Stadt der Zukunft“ smarte Objekte zum Alltag gehören werden. Einen ersten Einblick in diese Zukunft können Senioren in Mönchengladbach bereits gewinnen.

Weitere Infos: <https://www.urbanlifeplus.de/>



Seniorengerechte Stadt

Ein Dank für die „AUFMERKSAMKEIT“ DER STADT

Ein großes Boulevardblatt meldete kürzlich eine ungewöhnliche Initiative. In Köln, so stand zu lesen, nähmen städtische Bedienstete künftig älteren Mitbürgern über 75 den Weg zum Bürgeramt ab, kämen stattdessen auf Anforderung zu ihnen nach Hause. Hört sich toll an, stimmt aber so nicht. Gleichwohl steckt hinter der Meldung eine bemerkenswerte Initiative der Domstadt. Souverän sprach dazu mit der Oberbürgermeisterin, Henriette Reker.

Souverän: Frau Oberbürgermeisterin, in Meldeangelegenheiten müssen Kölner Seniorinnen und Senioren nach unseren Informationen weiterhin selbst aufs Amt. Doch Sie haben eine Initiative gestartet, bei der Ihre Mitarbeiter/Innen des Amtes für Soziales und Senioren zu älteren Menschen kommen, um ihnen Orientierung über mögliche Unterstützungsmaßnahmen zu geben. Wie sieht das genau aus, wozu wird da beraten? **Henriette Reker:** Hilfe im Alter kommt nicht von alleine ins Haus. Deshalb gibt es vom Amt für Soziales und Senioren seit Februar 2016 ein neues Beratungsangebot für alle Kölnerinnen und Kölner ab 75 Jahren. Das Angebot ist für die älteren Menschen kostenlos und erfolgt in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden. Die persönlichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner garantieren eine qualifizierte, unabhängige und vertrauliche Beratung zu persönlichen Anliegen und Unterstützungsbedarf der Seniorinnen und Senioren. Dies können zum Beispiel Fragen zur Wohnsituation, zur Pflege, zu Hilfen im Haushalt, Hausnotruf, zu Finanzen, aber auch Bedarfe an Freizeit-

geboten im Stadtteil und Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements sein. Ziel ist es, dass die Menschen durch eine passgenaue Unterstützung möglichst lange selbstständig in der eigenen Wohnung leben können.

Wie gehen Sie dabei vor, wurden schon Hausbesuche durchgeführt? Bisher wurden in 21 (von insgesamt 86) Stadtteilen die Bürgerinnen und Bürger über 75 Jahre mit einem persönlichen Infobrief angeschrieben. Dies entspricht rund 34.000 Menschen. Davon haben sich bis August 2017 ca. 2.500 Menschen zurückgemeldet. Bei rund 1.700 wurde ein Hausbesuch durchgeführt, die Übrigen wurden telefonisch oder schriftlich beraten. Das Angebot soll sukzessive auf alle Stadtteile ausgeweitet werden.

Wie sorgen Sie für die nötige Sicherheit, dass die Senioren auch erkennen können, dass tatsächlich ein Bediensteter der Stadt Köln vor der Tür steht? Die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner werden in den Anschreiben mit Foto, Telefonnummer und E-Mail-Adresse vorgestellt. Die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen nur auf persönliche Einladung, sofern sich die Angeschriebenen telefonisch, per Antwortkarte oder per E-Mail zurückmelden und einen Hausbesuch vereinbaren. Im Übrigen sind die Mitarbeitenden gehalten, sich durch Dienstausweise zu legitimieren.

Mit welcher Resonanz wurde diese Initiative bislang aufgenommen? Die angeschriebenen Seniorinnen und Senioren erfahren durch die präventiven Hausbesuche eine hohe Wertschätzung und erleben die persönliche Ansprache als Unterstützung, um den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu gewährleisten bzw. diesen besser zu gestalten. Zahlreiche Seniorinnen und Senioren bedanken sich für die „Aufmerksamkeit“ der Stadt, auch wenn sie akut keinen Unterstützungsbedarf haben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Hausbesuche durchführen, haben ebenso durchweg positive Erfahrungen bei den Hausbesuchen gemacht. Die Anliegen der Menschen sind vielfältig, die Hausbesuche konstruktiv. Insgesamt ist das Programm auch ein Zugewinn für das Image der Stadt Köln.



Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde!



Reisetermin:

01.06. bis 04.06.2018

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland[†] / Stockholm / Deutschland[†] mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Flughafengebühren und Kerosinzuschläge in Höhe von EUR 42,- bis EUR 82,- pro Person je nach Abflughafen (Stand 11/17)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 3 Übernachtungen im Quality Hotel Globe in Stockholm im Doppelzimmer
- Halbpension
- Ausflüge und Besichtigungen laut Programm mit deutschsprachiger Reiseleitung
- Eintrittsgelder zum Programm (Vasa-Museum, Schloss Gripsholm)
- Mini-Kreuzfahrt durch den Schärengarten
- Umfangreiche Informationen zur Reise

→ Flüge wahlweise ab/bis: Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München. Weitere Abflughäfen auf Anfrage. Bitte evtl. Flugzuschläge beachten!

STOCKHOLM



Schon die Lage der schwedischen Hauptstadt ist beeindruckend. Sie erstreckt sich auf 14 Inseln am Übergang vom Mälarsee zur Ostsee und ist umgeben von einem malerischen Schärenparadies mit rund 30.000 Inseln. Eine Mini-Kreuzfahrt bringt Sie diesem Inselparadies ganz nahe.

Große Wasserstraßen durchqueren die Innenstadt von Stockholm und verleihen ihr so ein ganz besonderes Flair. Die malerische Altstadt zählt zu den besterhaltenen mittelalterlichen Nordeuropas. „Gamla Stan“ ist nur einen Steinwurf entfernt vom Ort der jährlichen Nobelpreisverleihung. Und auch das königliche Stadtschloss liegt gleich nebenan. Zahlreiche Museen, Schlösser und Kirchen warten auf Kunst- und Kulturliebhaber. Auch ein Ausflug zum Renaissancepalast Gripsholm steht auf Ihrem Programm.

- Flüge:** Ab/bis vielen deutschen Flughäfen möglich
- Übernachtungen:** Im komfortablen Hotel der guten Mittelklasse
- Stadtbesichtigung:** Unter fachkundiger, deutschsprachiger Leitung
- Erlebnisplus:** Mini-Kreuzfahrt durch den Schärengarten und Ausflug nach Mariefred



INFORMATION & ANMELDUNG

Reiseziel: STOCKHOLM
Termine: 01.06. – 04.06.2018
Preise: EUR 695,- p. P. im DZ* (* bei Zweierbelegung)
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 135,-
Zuschlag für Flüge ab / bis p. P.:
Düsseldorf, Hamburg: ohne
Frankfurt, München: EUR 60,-
Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt pro Person: EUR 30,-
(Diese Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

- Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur STOCKHOLM-Reise.
- JA**, ich möchte mit folgenden Personen an der STOCKHOLM-Reise teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Versicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen (einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post) des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Datum, Unterschrift

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:



Terramundi GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62-0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62-33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Gewünschter Flüge ab/bis**:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge!

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ** = Doppelzimmer • **EZ** = Einzelzimmer • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung
Teiln. 1 DZ EZ RV
Teiln. 2 DZ EZ RV

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



Gebührenfreie Service-Nummer für weitere Informationen: 0800 - 8 37 72 68

WAS Hänschen NICHT LERNT ...



Die Bundesregierung investiert so viel Geld in Bildung, Wissenschaft und Forschung wie nie zuvor – der Haushalt 2017 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung umfasst mehr als 17,6 Milliarden Euro, 130 Prozent mehr als noch im Jahr 2005. Deutschland liegt im internationalen Vergleich der jährlichen Bildungsausgaben je Schüler bzw. Student mit 11.545 US-Dollar über dem Durchschnitt der OECD-Länder (10.493 Dollar) und auch über dem Durchschnitt der EU-22-Länder (10.548 Dollar).

Obwohl bereits viel Geld in das Bildungssystem fließt, scheinen Bildungsmaßnahmen nicht wie erhofft in den Köpfen der Kinder und Jugendlichen zu fruchten. Unternehmen bemängeln, dass es Ausbildungsbewerbern an elementaren Fähigkeiten etwa in Deutsch und Mathe mangelt, an Hochschulen müssen viele Studienanfänger in Vor- oder Brückenkursen quasi noch einmal die Schulbank drücken, um halbwegs hochschulreife Kompetenzen im Lesen und Rechnen zu erwerben. Und auch im aktuellen Pisa-Test macht Deutschland – im oberen Mittelfeld gelegen – keine Spitzenfigur.

Interessantes Detail am Rande: Aus der aktuellen Pisa-Studie lässt sich ableiten, dass beispielsweise in Naturwissenschaften die Qualität des Lehrervortrags einen größeren Einfluss auf die Leistungen der Schüler hat als die verfügbaren materiellen und personellen Ressourcen. „Ein gewisses Maß an Frontalunterricht ist laut Pisa-Studie effektiv“, sagte

Matthias Rumpf, der Berliner Sprecher der OECD gegenüber der Süddeutschen Zeitung.

Dagegen schnitten Schulsysteme, in denen die Schüler nach der Schule mehr Zeit mit dem Lernen in Form von Hausaufgaben, Zusatzunterricht oder selbstständigem Lernen verbringen, schlechter ab. Pikant: Nach dem ersten Pisa-Schock 2000 gab es eine regelrechte Wanderung deutscher Politiker Richtung Finnland, das zur Pisa-Spitzenklasse zählte. „Schulen nach finnischem Vorbild“ wurden sogar gefordert, die Gesamtschule als Erfolgsmodell gepriesen. Doch vielleicht sind die Politiker einem Irrtum aufgesessen. Der schwedische Bildungsökonom Gabriel Heller Sahlgren veröffentlichte 2015 eine bemerkenswerte Studie. Auf den Punkt gebracht: Die guten Pisa-Ergebnisse Finnlands beruhten nicht auf dem in den 1990er Jahren reformierten Schulsystem, sondern seien noch Nachwirkungen des alten hierarchisch-autoritären Systems. Zwischen 2003 und 2012 hat Finnland 25 Punkte bei Pisa eingebüßt. Und auch in der aktuellen Pisa-Studie verliert Finnland in den Bereichen Naturwissenschaften (minus 11), Lesekompetenz (minus 5) und in Mathematik (minus 10) Punkte. Das sollte zum Nachdenken reichen.

Zurück zum deutschen Bildungssystem: Immer mehr junge Menschen legen hierzulande das Abitur ab, nämlich fast die Hälfte – vor nicht einmal 20 Jahren war es gerade einmal ein Drittel. Und: Die Schulnoten werden stetig besser, immer mehr Schüler bestehen die „Reifeprüfung“ mit der Traumnote 1,0. Kaum einer fällt

noch durch, nämlich weniger als zwei Prozent. Angesichts der eingangs benannten Bildungsmängel behaupten Kritiker, das Abitur von heute stelle lediglich eine Hochschulzugangsberechtigung dar und sage wenig über die Befähigung zu studieren aus. Josef Kraus, bis Juli Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, beanstandet, dass einige Bundesländer zu leicht gute Noten vergeben und die Ansprüche an das Abitur abgesenkt würden. Ähnlich sieht das auch Ralf Treptow, der stellvertretende Vorsitzende der Bundesdirektorenkonferenz Gymnasien. Die gleiche Leistung werde heute besser bewertet als früher.



In der Tat sind die Leistungsunterschiede zwischen den Bundesländern immens. Das Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hat im Oktober vergangenen Jahres seinen IQB-Bildungstrend 2015 veröffentlicht, an dem mehr als 37.000 Schüler der 9. Jahrgangsstufe aus über 1.700 Schulen in allen 16 Bundesländern teilgenommen haben. Das IQB hat überprüft, wie es um die sprachlichen Kompetenzen der Schüler in Deutsch und Englisch bestellt ist, jeweils in den Bereichen Lesen, Hörverständnis und Orthografie. Das Ergebnis erschreckt: Die Leistungsunterschiede zwischen den besten (beispielsweise Bayern und Sachsen) und den schlechtesten Bundesländern (zum Beispiel Bremen und Berlin) betrage mehrere Schuljahre.

Doch was muss sich im Bildungssystem ändern,

lernt Hans, wenn überhaupt, nur noch mit hohem Einsatz. Dies spiegelt sich in den öffentlichen Bildungsausgaben wider, die pro Kopf umso höher ausfallen, je älter das Kind ist. Die häufigen Forderungen, mehr Geld in das Bildungssystem zu pumpen, werden unseren Enkeln nur bedingt helfen. Um die bestmögliche (Bildungs-)Rendite zu erzielen, muss nachhaltig investiert werden.

damit die Zukunft des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Deutschland gesichert ist? Der ehemalige Lehrerverband-Chef Kraus antwortet in der Deutschen Handwerkszeitung vom Juni dieses Jahres: „Wir brauchen eine Renaissance des Leistungsgedankens.“ Konkretes Wissen und Können müssten wieder geschätzt werden. Eine Studie des Bildungsexperten Professor Dr. Ludger Wößmann (ifo Zentrum für Bildungsökonomik) für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) kommt zu dem Ergebnis, dass unter anderem ein wettbewerblich gestaltetes Schulsystem die Bildungsergebnisse von Kindern und Jugendlichen deutlich verbessern und gerechtere Chancen für alle schaffen könnte. „Es geht nicht darum, den Wettbewerb zwischen den Anbietern von Bildung, also den Schulen. Der Staat muss den Rahmen sicherstellen, damit zwischen den Schulen ein Wettbewerb zum Wohle der Kinder und Jugendlichen entsteht“, sagt Wößmann. Schulautonomie, Wahlfreiheit und externe Prüfungen hätten demnach viel größere Auswirkungen auf das Niveau als die immer wieder diskutierte Höhe der Gesamtausgaben oder die Größe der Schulklassen.

Mehr Geld in Bildung hineinzustecken lohnt sich dennoch – vor allem, wenn in die Qualität der frühkindlichen Bildung investiert wird, argumentiert die Soziologin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Professor Jutta Allmendinger. Dies erhöhe die Bildungsrendite für die Gesellschaft, erklären Bildungsökonomien wie der Wirtschafts-Nobelpreisträger James Heckman.

Gute Bildung von Anfang an befähigt Menschen dazu, selbstverantwortlich zu handeln und an der Gesellschaft positiv teilzuhaben. Auch aus Sicht der Hirnforschung ist es sinnvoll, ein bildungsfreundliches Klima für die Kleinsten zu schaffen. Denn gerade in den ersten Lebensjahren liege das „Fenster des schnellen Lernens“, wie es der Hirnforscher, Psychiater und Psychologe Professor Dr. Dr. Manfred Spitzer ausdrückt.

Doch was bedeutet „gute Bildung“? Derzeitiger Streitpunkt: Digitalisierung in Kita und Grundschule. Ist es wirklich sinnvoll, schon die Kleinen mit Smartphones und Tablets auszurüsten? Hirnforscher Spitzer hat dazu eine klare Meinung: „Digitale Medien behindern die körperliche, geistige, seelische und auch die soziale Entwicklung von Kindern.“ Der Gebrauch von Computern im Unterricht vermindere den Lernerfolg. So habe ein Smartphone-Verbot an britischen Schulen dazu geführt, dass die schulischen Leistungen – insbesondere bei schwächeren Schülern – anstiegen. Auch das aktuelle Gutachten des Aktionsrats Bildung, „Bildung 2030 – veränderte Welt. Fragen an die Bildungspolitik“, bestätigt Spitzer. Es weist darauf hin, dass Grundschüler in Deutschland, „in deren Unterricht mindestens einmal wöchentlich Computer eingesetzt wurden, in den Domänen Mathematik und Naturwissenschaften statistisch signifikant niedrigere Kompetenzen aufweisen als jene Grundschul Kinder, die seltener als einmal pro Woche Computer im Unterricht nutzten“. Um Lernende zu einem mündigen Umgang mit digitalen Medien zu befähigen, reicht



die bloße Verwendung von Tablets und sozialen Netzwerken nicht aus, vielmehr schafft erst das Verständnis ihrer Grundlagen die Voraussetzung für einen souveränen digitalen Wandel. Die deutsche Mathematiker-Vereinigung bringt es auf den Punkt und fordert deshalb „Inhalte statt Geräte“.

Zu guter Bildung gehört indes auch die Vermittlung von Werten wie beispielsweise Verantwortungsbewusstsein, Disziplin oder Mitgefühl. Vor genau 20 Jahren wies der frühere Bundespräsident Roman Herzog in seiner Rede auf dem Berliner Bildungsforum darauf hin, es sei „ein Irrglaube, ein Bildungssystem komme ohne Vermittlung von Werten aus“. Bildung gebe es auch nicht ohne Anstrengung. Herzog

weiter: „Falsch ist auch die Vorstellung, die Schule sei Reparaturbetrieb für alle Defizite der Gesellschaft.“

Gerade bei der Vermittlung von Werten und sozialen Fähigkeiten sind aber die Eltern gefragt. Diese sollten „nicht aus der Erziehungspflicht entlassen werden“, mahnt der Verband Bildung und Erziehung. Vielleicht wäre es vor diesem Hintergrund sinnvoll, auch in die „Erziehung“ von Eltern zu investieren. Damit diese einsehen und nachvollziehen können, dass sie ihren Kindern nicht nur die Chance auf eine positive Zukunft nehmen, sondern sie auch aktiv schädigen, wenn schon die jüngsten stundenlang vor dem Fernseher „geparkt“ werden oder unkontrollierten Zugang zu neuen Medien besitzen.

CBO

Jens Gnisa ist Direktor des Amtsgerichts Bielefeld und steht seit 2016 dem Deutschen Richterbund vor, der größten Berufsorganisation der deutschen Richter und Staatsanwälte. Im August hat er ein sehr kritisches Buch über Gerechtigkeit und die Justiz im Lande veröffentlicht („Das Ende der Gerechtigkeit“). Souverän sprach mit dem Autor über ein komplexes Thema, das tatsächlich immer mehr Bürger umtreibt.

Herr Gnisa, was hat Sie dazu bewogen, ein solches Buch zu schreiben? Gab es einen konkreten Auslöser?

Ja, direkt nach meiner Wahl zum Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes. Viele Bürger wandten sich mit Fragen an mich. Sie verstanden einzelne Urteile oder Verfahren nicht: Kam Hoeneß nicht zu milde davon, gab es bei Ecclestone einen Bonus für Prominente, wieso bekommt ein Autoraser, der eine junge Frau totfährt, Bewährung oder ein Vergewaltiger wie in einem Hamburger Fall? Diese Kritik verband sich mit Kritik von Polizeiverbänden an der Justiz. Ich befürchtete, dass aus der allgemeinen Politikverdrossenheit auch eine Justizverdrossenheit werden könnte. Deshalb habe ich mich entschlossen, die Abläufe in der Justiz, ihre Stärken und Schwächen einmal im Gesamtzusammenhang in einer für den Bürger interessanten Form darzustellen. Zudem bot dies auch Gelegenheit, die Kritik aus der Justiz selbst der Politik nahezubringen.

Es heißt, wir leben in einem Rechtsstaat. Doch tun wir das wirklich? Sie benennen beispielsweise eklatante Schwächen des Ausländerrechts, 150.000 nicht vollstreckte Haftbefehle und nicht geahndeten Steuerbetrug. Wo sehen Sie die Gerechtigkeit im deutschen Rechtssystem aktuell am meisten gefährdet?

In der Tat gibt es starke Belastungen. Der Bürger fragt, ob es vor Gericht gerecht zugeht und ob das Recht wirklich noch durchgesetzt



wird. Zwei Bereiche sind im Moment besonders betroffen: das Ausländer- und das Strafrecht. Bedingt durch den Flüchtlingszustrom, hat das Bundesamt für Migration sehr viele Fälle entschieden, die jetzt vor Gericht sind. Dort kann man die Flut kaum noch bewältigen. Hinzu kommt, dass sich zurzeit rd. 230.000 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland aufhalten. 160.000 sind davon geduldet. Eine Duldung ist aber keine Dauerlösung, denn sie ist kein sicherer Aufenthaltstitel, sodass eine Integration nicht umgesetzt wird. Ich befürchte hier, dass eine Duldung auf die nächste folgt und wir uns um diese Menschen nicht kümmern, sie in Wohnungen am Stadtrand unterbringen, wo sie ohne Perspektive sind. Dies hieße, die Fehler von Duisburg-Marxloh zu wiederholen. Dort sind harte kriminelle Strukturen auch deshalb entstanden, weil wir zu diesen Menschen keinen Zugang gefunden haben. Kettenduldungen sind gefährlich. Zudem ist es ein Unding, dass sich 70.000 Menschen ohne jedes Recht bei uns aufhalten.

Recht und Gesetz am Ende?

Jens Gnisa beklagt eine schleichende Erosion des Justizsystems. Weil eine der zentralen Säulen unserer Demokratie auf dem Spiel steht, ergänzt er seine Analyse um konkrete Vorschläge, wie die gefährliche Aushöhlung des Rechts gestoppt werden kann. Ein spannendes Debattenbuch in unruhigen Zeiten, in denen es Recht und Demokratie überall auf der Welt immer schwerer haben.

Das Ende der Gerechtigkeit – Ein Richter schlägt Alarm, Jens Gnisa, Herder-Verlag, Freiburg 2017, 288 Seiten, ISBN: 978-3-451-37729-7, 24 Euro.



Der zweite Bereich, der mir Sorgen macht, ist das Strafrecht. Strafverfahren werden immer komplizierter, etwa durch internationale Sachverhalte, grenzüberschreitende Kriminalität oder exzessives Verteidigerverhalten. Beispielsweise wurden in einem Verfahren in Koblenz die Richter 500-mal wegen Befangenheit abgelehnt! Die Verfahren dauern heute länger. Teilweise müssen deshalb Täter aus der Untersuchungshaft entlassen werden – so etwas kommt gut 40-mal im Jahr in Deutschland vor. Wegen überlanger Verfahren müssen in fast 1/3 der Wirtschaftsstrafverfahren Rabatte auf die eigentlich angemessenen Strafen gewährt werden, gewissermaßen als Entschädigung. Das alles zeigt, wie sehr das ganze System auf Kante genäht ist. Der Bürger spürt die Mängel.

Ist das Buch eigentlich eine rein private Veröffentlichung, oder kann man davon ausgehen, dass ein großer Teil der Richterschaft, der Staatsanwälte und der Justizangestellten diese Kritik teilt?

Zunächst einmal ist es ein persönlicher Zwischenruf. Natürlich werde ich auch immer als Richterbundsvorsitzender wahrgenommen. Daran ist ja auch richtig, dass ich seit über 27 Jahren auf fast allen Ebenen als Richter gearbeitet habe und seit gut 20 Jahren auch Funktionsträger im Richterbund bin. Das Buch wendet sich in erster Linie an den Bürger. Die Rückmeldungen sind überaus positiv. Viele schreiben mir, dass sie nun die Zusammenhänge besser verstehen würden. Natürlich lesen es auch Kollegen. Die meisten stehen hinter mir. Nach deren Rückmeldung habe ich die Dinge mit all ihren Facetten richtig wiedergegeben. Ich will nicht verschweigen, dass es auch aus der Justiz Kritik gibt. Ich hätte die Justiz schlechtgemacht. Das scheint der derzeit übliche Reflex zu sein: Wer Probleme anspricht bekommt sofort Ärger. Ich stehe da auf einem anderen Standpunkt: Wer die Probleme nicht offen anspricht, kann sie auch nicht lösen. Den Finger in die Wunde legen, Lösungen debattieren und dann umsetzen. Dafür trete ich ein. In Deutschland scheitern wir zu oft schon

Kommune 2030 – nachhaltig und digital

10. Kommunalkongress 2017 der Bertelsmann Stiftung

7. und 8. Dezember 2017 im MARITIM Hotel Düsseldorf

„Nachhaltige Kommune“ ist ein Thema, das 30 Jahre nach Erscheinen des Berichtes der Brundtland-Kommission nichts an Aktualität eingebüßt hat.

Denn Nachhaltigkeit beginnt in den Kommunen!

Dort entscheidet sich der Erfolg der 2030-Agenda. Vor Ort, in den Städten, Kreisen und Gemeinden werden die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) umgesetzt.

Der Kommunalkongress 2017 der Bertelsmann Stiftung findet im Rahmen des 10. Deutschen Nachhaltigkeitstages in Düsseldorf statt.

Einige Kongressthemen:

- Global Nachhaltige Kommune
- SDG-Indikatoren für Kommunen
- Nachhaltigkeitshaushalte
- Zirkuläres Wirtschaften – C2C-Konzepte für Kommunen
- Nachhaltig mobil



Anmeldung: nachhaltigkeitstag.de

Kontakt: info@kommunalkongress.de

www.nachhaltigkeitstag.de
www.kommunalkongress.de
www.monitor-nachhaltige-kommune.de

| BertelsmannStiftung

Gesellschaft / Politik / Recht

/ Hang ZUR DEBATTEN *verweigerung*

an der ersten Hürde. Von dieser Unfähigkeit, Probleme überhaupt nur wahrnehmen zu wollen, profitiert derzeit die AfD.

Viele Menschen verlieren das Vertrauen in den Rechtsstaat, wenn sie sehen, dass ein Gastronom, der einen Tisch zu viel auf den Bürgersteig stellt, Besuch von Polizei und Ordnungsamt bekommt, 50 Meter weiter aber Dealer ungestört ihrem Geschäft nachgehen. Sind es auch solche Fälle der ungleichen Gewichtung, die Sie haben zur Feder greifen lassen?

Das ist ein gutes Beispiel. Mit solchen Dingen bin ich als Direktor eines großen Amtsgerichts auch immer beschäftigt. Bußgelder werden bei uns hart verfolgt. Das kann man so machen. Es passt dann aber nicht, wenn heute mehr Strafverfahren nach Ermessensgesichtspunkten eingestellt als angeklagt werden. Denn eine Straftat ist schlimmer als eine Ordnungswidrigkeit. Auch diesen Punkt spreche ich an und mache den Lösungsvorschlag, Bußgelder nicht mehr dem Staat, sondern gemeinnützigen Einrichtungen zu geben. Der Bürger hätte dann zumindest wieder das Vertrauen, dass das Bußgeld gegen ihn nicht aus fiskalischen Erwägungen heraus verhängt wurde. Auch mit diesem Vorschlag habe ich mir keine Freunde gemacht und sehe mich nun dem Populismusvorwurf ausgesetzt. Ein mittlerweile pensionierter Kollege vom Bundesgerichtshof spekuliert sogar, ich würde mich für weniger Bußgeldverfahren einsetzen, weil mein Punktekonto in Flensburg voll sei.

Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 ZL, 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E, Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohltmann-Straße

Allerdings steht es bei 0 – ich bin passionierter Bahnfahrer. Dies belegt ein weiteres Mal den Hang zur Debattenverweigerung, wobei man als Mittel zur Stimmungsmache greift.

Recht und Gerechtigkeit sind nicht unbedingt gleichzusetzen. Recht ist ein normatives, Gerechtigkeit ein moralisches Konstrukt. Wie fügen sich bei Ihnen diese Begriffe zusammen?

Natürlich ist Moral in einer Gesellschaft extrem wichtig. Sie wird aber in einem Rechtsstaat nur über Gesetze umgesetzt. Nur die Gesetze sind verbindlich. Moral darf niemals zwingend sein – sonst wird sie zum Tugendterror. Jenseits des Rechts beginnt die persönliche Freiheit des Einzelnen. Hier sehe ich fatale Fehlentwicklungen, da es in der Gesellschaft immer mehr um sich greift, juristische Entscheidungen nicht mehr zu akzeptieren, sondern sie einfach mit moralischen Argumenten für unverbindlich zu erklären. Ein typischer Fall ist für mich das Kirchenasyl.

Sie beklagen in Ihrem Buch weniger das Rechtssystem an sich als die fehlende Umsetzung. Sind denn die deutschen Gerichte tatsächlich überlastet? Wenn ja, liegt es hauptsächlich am Personalmangel oder auch an der gewachsenen Komplexität des Rechtssystems?

Die Überlastung ist durch Personalerhebungen nachgewiesen. Unstreitig fehlen 2000 Richter und Staatsanwälte. Das sind gut 10 Prozent. Hätten wir die, gäbe es auch sofort schnellere Verfahren. Das ist aber in der Tat nur die halbe Wahrheit. Wir müssen auch die Verfahrensvorschriften überarbeiten. Wir brauchen effektive Prozessordnungen und einen Gesetzgeber, der

nicht eine strafrechtliche Regelung nach der anderen produziert und überflüssige nicht streicht. Brauchen wir z.B. wirklich eine Strafvorschrift gegen Schwarzfahren? Schwarzfahren ist nicht in Ordnung – aber das zu regeln ist zunächst mal Sache der Verkehrsbetriebe. Wie in London oder Paris könnten Eingangskontrollen errichtet werden. Stattdessen unterlässt man das bei uns, um Kosten zu sparen. Die darf dann der Steuerzahler übernehmen. Die Leute, die wir da einsetzen müssen, fehlen eben bei wichtigeren Dingen. Ich denke, wir müssten hier gehörig ausdünnen.

Fühlen Sie sich bei den genannten Problemen eigentlich von der Politik alleingelassen?

Über viele Jahre eindeutig ja. Wir wurden mit unseren Forderungen oft abgekanzelt. Wenn wir Personalforderungen für Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger oder Servicekräfte gestellt hatten, hieß es: Werdet ihr zunächst einmal effektiver und nutzt die Möglichkeiten der Technik. Es ging nur ums Geld, der „schlanke Staat“ wurde propagiert, und die Qualität in der Justiz wurde vernachlässigt. Allgemein scheint es aber nun eine Rückbesinnung zu geben. Uns ist wieder klargeworden, dass ein Staat in erster Linie die Grundlagen der Gesellschaft nicht vernachlässigen darf: Recht, Sicherheit und Ordnung. In letzter Zeit scheint die Politik die Zeichen der Zeit zu erkennen und verspricht Besserung. Wir müssen aber nun darauf achten, dass es nicht bei Worthülsen bleibt. Dazu brauchen wir auch die Unterstützung der Bevölkerung. Das ist auch ein Grund, weshalb ich mich mit dem Buch an die Bürger wende. Sie müssen wissen, was vorgeht, damit sie überhaupt an den Wahlurnen die richtige Entscheidung treffen können. 

HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG stärken!



Die hausärztliche Versorgung hat gerade für ältere Menschen einen herausragenden Stellenwert. Politik und Ärzte müssen sich daher gemeinsam die Frage stellen, wie diese, einschließlich der Palliativversorgung, flächendeckend und auf einem qualitativ hohen Niveau langfristig sichergestellt werden kann. Überlegungen von Ulrich Weigeldt, dem Bundesvorsitzenden des Deutschen Hausärztesverbandes.

Gerade ältere Menschen, die häufig an mehreren Erkrankungen gleichzeitig leiden, sind darauf angewiesen, dass ihr Hausarzt den Überblick über ihre Behandlungen behalten kann. Bestes Beispiel ist die so genannte Multimedikation, also die Einnahme unterschiedlicher Medikamente. Diese werden sehr häufig von verschiedenen Ärzten verschrieben. Wenn es da niemanden gibt, der alle Informationen sammelt und Alarm schlägt, wenn sich verschriebene Arzneimittel nicht miteinander vertragen, dann kann das eine echte Gefahr sein!

Es ist eben gerade keine Lösung, wenn immer neue Spezialisierungen entstehen und beispielsweise ein Facharzt für Geriatrie, also für Altersmedizin, eingeführt wird. Das wird eher dazu führen, dass das System noch chaotischer wird, als es ohnehin schon ist. Das entspricht in der Regel auch nicht dem Willen der Patienten! Diese wollen nämlich lieber von ihrem Hausarzt, der sie und ihre

Familien häufig seit vielen Jahrzehnten kennt, betreut werden.

Was aber kann konkret getan werden, damit die Hausärzte auch in 10 oder 20 Jahren noch ihre Patienten ein Leben lang versorgen können? Welche Projekte sollte die nächste Bundesregierung unbedingt anpacken?

Masterplan Medizinstudium 2020

Inzwischen ist jeder dritte Hausarzt über 60 Jahre alt und geht bald in den Ruhestand. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Hausärzten, vor allem durch den demografischen Wandel, immer weiter an. Laut einer Umfrage der Kassenärztlichen Bundesvereinigung kann sich zu Beginn des Medizinstudiums noch knapp ein Drittel der Studierenden die Arbeit als Hausarzt vorstellen. Am Ende entscheiden sich aber nur etwas über zehn Prozent dafür. Woran liegt das?

Bis heute liegt der Fokus an vielen medizini-

schen Fakultäten fast ausschließlich auf der hochspezialisierten Medizin. Hausärztliche Versorgung spielt dabei nur eine Nebenrolle. Dazu passt, dass immer noch nicht jede medizinische Fakultät einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin hat! Das ist in anderen europäischen Ländern undenkbar! Hinzu kommt, dass manche Universitätsvertreter auf die hausärztliche Medizin mit einer Mischung aus Arroganz und Unkenntnis blicken. Mir ist der Satz eines Medizinprofessors im Ohr geblieben, der den Studierenden sagte: „Das ist so einfach, das kann sogar ein Hausarzt im Hunsrück!“ Ein solches Verhalten ist nicht nur falsch und überheblich, sondern vergrault natürlich auch den Nachwuchs.

Die Bundesregierung hat dies in den letzten Jahren erkannt und auch gehandelt. Nach langen Diskussionen wurde der Masterplan Medizinstudium 2020 beschlossen. Unter anderem sieht er explizit eine Stärkung der Allgemeinmedizin im

Digitalisierung:

ZWEITES EHEALTH-GESETZ

Im hohen Norden zieht die Digitalisierung in das Gesundheitswesen ein. Im Landkreis Vorpommern-Greifswald läuft derzeit das Projekt „Land | Rettung“. Ein Bestandteil: der Telenotarzt, gefördert vom Gemeinsamen Bundesausschuss. Zeitgleich mit dem Rettungsdienst trifft so der Notarzt ein. Per Headset kann dieser mit dem Team vor Ort kommunizieren und erhält an seinem Arbeitsplatz eine zeitgleiche Übertragung der Vitaldaten, wie EKG, Blutdruck und Sauerstoffsättigung des Patienten. Damit hat er die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit dem Rettungsdienstpersonal vor Ort Diagnosen zu treffen und über die Therapie zu entscheiden, wodurch die Zeit bis zum Eintreffen eines Notarztes überbrückt werden kann oder unnötig wird.

Damit wird klar: Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum kann gerade durch den Einsatz digitaler Technik sehr deutlich verbessert werden. Gleichzeitig können Krankheiten durch Analyse vieler Patientendaten viel früher und besser erkannt werden. Teure Mehrfachbehandlungen gerade beim Röntgen und MRT können vermieden werden.

Der Bundestag hat deshalb in der letzten Periode ein eHealth-Gesetz beschlossen, um Sie alle von den Möglichkeiten der Technik profitieren zu lassen. Doch dies war nur ein erster Schritt. Wenn wir im Bundestag über Digitalisierung reden, dann meinen wir damit auch ganz konkret ein zweites eHealth-Gesetz, um Ihnen eine bessere Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. TJ



Der Autor: **Thomas Jarzombek** MdB ist Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Digitale Agenda.

Studium vor, indem zum Beispiel Lehrstühle an allen medizinischen Fakultäten eingerichtet werden sollen, die Allgemeinmedizin verpflichtendes Prüfungsfach wird, und die Studierenden in Zukunft nicht nur die Arbeit in den Krankenhäusern, sondern auch in den Arztpraxen kennenlernen sollen. Außerdem sollen zukünftig, neben der Abiturnote, andere Kriterien eine größere Rolle bei der Studienplatzvergabe spielen, zum Beispiel, ob jemand ein Pflegepraktikum gemacht hat. Diese Reform wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Leider hakt es bei der Umsetzung bisher noch ganz erheblich. Die Stärkung der hausärztlichen Versorgung will jeder, dafür zahlen jedoch anscheinend keiner. Die Folge ist, dass wir ein kleinteiliges Gerangel zwischen Bund, Ländern, Universitäten usw. erleben. Um es einmal ganz klar zu sagen: Wenn diese Reform jetzt noch scheitert, dann hätte das katastrophale Auswirkungen auf die hausärztliche Versorgung der Zukunft! Die neue Bundesregierung und die Länderregierungen müssen schnellstmöglich dafür sorgen, dass den Worten Taten folgen, und den Masterplan Medizinstudium 2020 endlich umsetzen. Das Regierungsprogramm der CDU/CSU sieht eine solche Umsetzung glücklicherweise explizit vor!

Hausarztverträge

Ein zweites Thema, das für Patienten und Hausärzte von großer Bedeutung ist, sind die Hausarztverträge. Sie werden inzwischen quasi überall in Deutschland angeboten. Hier geht es darum, dass sich ein Versicherter freiwillig bei seinem Hausarzt einschreibt und sich damit dafür entschließt, bei allen medizinischen Fragen immer zuerst diesen aufzusuchen. Davon ausgenommen sind Zahnärzte, Notfälle, Augenärzte und Gynäkologen. Über 80 Prozent aller Probleme können sowieso in der Hausarztpraxis abschließend geklärt werden. Wenn eine Behandlung durch Fachärzte nötig ist, zum Beispiel durch einen Kardiologen, dann koordiniert der Hausarzt die gesamte Behandlung und behält dabei den Überblick über Diagnosen, Therapien und die verschriebenen Medikamente. Gerade dieser Aspekt ist besonders wichtig, denn ohne die koordinierte Überweisung eines Hausarztes können die Befunde der Fachärztkollegen nicht an einer zentralen Stelle gesammelt werden. Der größte Vorteil der Hausarztverträge für die Patienten ist: Die Qualität der Versorgung ist deutlich besser! Das bestätigen mehrere wissenschaftliche Evaluationen durch die Universitäten Heidelberg und Frankfurt am Main.

Die Hausärzte haben durch die Hausarztverträge die Möglichkeit, ihre Patienten noch intensiver zu betreuen. Außerdem weiß bei den Hausarztverträgen der eine Arzt genau, was der andere tut! So wird zum Beispiel vermieden, dass ein und dieselbe Untersuchung mehrfach durchgeführt wird, obwohl das nicht notwendig wäre. Ein weiterer Effekt, der evaluiert wurde, ist gerade für die älteren Patienten enorm wichtig: Sie müssen seltener ins Krankenhaus! Das liegt daran, dass der Hausarzt durch die enge Betreuung viele Probleme schon in der Hausarztpraxis behandeln kann bzw. bei Bedarf gezielt an gebietsfachärztliche Kolleginnen und Kollegen überweist. Ein belastender Krankenhausaufenthalt ist dann manchmal nicht mehr nötig!

Insgesamt nehmen in Deutschland inzwischen knapp 4,6 Millionen Patienten daran teil – insbesondere ältere und chronisch kranke. Auch die Hausärzte profitieren, denn sie erhalten für ihre Arbeit eine fairere Vergütung. Wenn es die Hausarztverträge nicht gäbe, dann wäre die Situation vieler Hausärztinnen und Hausärzte und ihrer Patienten deutlich schlechter. Gerade auch für das Thema Nachwuchssicherung sind die Verträge enorm wichtig. Deswegen hat das Bundesgesundheitsministerium sie in den

letzten Jahren immer wieder gestärkt. Auch die kommende Bundesregierung sollte sich hierzu klar und deutlich bekennen! Außerdem fordern wir, dass die Patienten finanziell an den Einsparungen beteiligt werden. Wir plädieren dafür, dass jeder Patient, der an den Hausarztverträgen teilnimmt, einen Bonus von seiner Krankenkasse bekommt oder von den Arzneimittelzuzahlungen befreit wird. Davon würden gerade ältere und chronisch Kranke profitieren, die sowieso schon hohe Gesundheitskosten zu schultern haben. In Baden-Württemberg ist dies für Versicherte der AOK Baden-Württemberg und der Bosh BKK bereits heute Realität.

Digitalisierung

Das dritte Thema, das derzeit nicht ausgespart werden kann, ist die Digitalisierung. Das deutsche Gesundheitswesen hinkt hier seinen europäischen Nachbarn weit hinterher. In vielen Arztpraxen wird immer noch per Fax kommuniziert. Das kann nicht so bleiben. Die zentrale Frage muss sein: Welche Digitalisierungsprojekte helfen tatsächlich den Patienten und entlasten gleichzeitig die Ärzte?

Immer wieder beobachten wir, dass neue und schicke „Digital-Anwendungen“ präsentiert werden, die aber in der Praxis nicht viel bringen, weil vor allem ältere Patienten damit nichts anfangen können! Die Digitalisierung darf kein Projekt nur für Digitalisierungsexperten sein, sondern alle müssen profitieren. Das wäre z. B. der Fall, wenn endlich eine elektronische Patientenakte eingeführt werden würde. Dort könnte der Arzt alle Befunde und Diagnosen ablegen. Wenn der Patient dann später zu einem anderen Arzt geht, sieht dieser alle Informationen auf einen Blick. Zukünftig muss es so sein, dass auch der Patient sich die Akte zu Hause am Computer anschauen kann. Gerade für ältere Patientinnen und Patienten wäre das ein echter Fortschritt, denn sie hätten alle Diagnosen und Verschreibungen immer auf einen Blick. Außerdem brauchen wir mehr Telemedizin-Konzepte, die für ältere Patienten ausgelegt sind. Damit diese flächendeckend umgesetzt werden können, muss die Politik klare Vorgaben für die so genannte Telematikinfrastruktur machen. Das ist quasi das Netz, auf dem die Patientenakte laufen soll. Es braucht Regeln, damit nicht jeder sein eigenes Süppchen kocht.



FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
HAT INSELARZT MARTIN
700 SPRECHZIMMER.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/martin

IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER

Wunsch (DENKEN) ODER

Wirklichkeit

In allen Meinungsumfragen, in denen Menschen nach ihrem wichtigsten Wunsch gefragt werden, steht die Gesundheit an erster Stelle. Deshalb müsste es doch selbstverständlich sein, dass wir als Einzelne in der Gesellschaft und in der Politik alles tun, um die Gesundheit zu erhalten und zu fördern. Es lohnt sich, darüber nachzudenken, ob wir das auch wirklich tun.

Professor Dr. Hollmann, ehemaliger Professor der Sporthochschule Köln, hat immer wieder betont: „Man kann im hohen Alter gesund sterben.“ Als Voraussetzung für dieses Ziel nannte er gesunde Ernährung und angemessene Bewegung. Diese Aussage entspricht seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Aber wie sieht es in der Realität aus? Fast unser gesamtes Gesundheitssystem ist darauf ausgerichtet, Krankheiten zu finanzieren, zu lindern und zu heilen. Und in den meisten Fällen sprechen die Menschen über ihre Krankheiten und nicht über ihre Gesundheit. Die eigene Gesundheit bleibt also oftmals „Wunschdenken“. Es muss daher der Eindruck entstehen, als ob wir Krankheiten grundsätzlich als gegeben und unvermeidbar hinnehmen. Diese Sichtweise ist nicht nur ein Zeichen von Bequemlichkeit, sondern sie widerspricht auch elementar unserem Wunsch nach individueller Gesundheit.

Unsere Gesellschaft und jeder Einzelne sollten alles dafür tun, die (eigene) Gesundheit zu erhalten und zu fördern. Solch eine positive Sichtweise ist auch

deshalb notwendig, weil die Alterung unserer Gesellschaft aller Wahrscheinlichkeit nach auch dazu führt, dass der Bedarf an medizinischer Versorgung künftig ein Stück weit ansteigen wird, insbesondere im hausärztlichen Bereich. Das heißt aber nicht, dass älter werden automatisch bedeutet, gleichzeitig immer kränker und immer teurer zu werden. Hier ist eine Differenzierung notwendig.

Differenziert werden muss auch, ob jemand unverschuldet oder selbstverschuldet krank wird oder krank geworden ist. Dabei darf nicht nur als „sozial“ angesehen werden, einen Menschen, der in den Brunnen gefallen – sprich: krank geworden – ist, aus dem Brunnen zu retten. Genauso „sozial“ müsste es sein, wenn es gelänge, zu verhindern, dass ein Mensch überhaupt in den Brunnen fällt.

Die Grundlage unseres Gesundheitssystems ist die Solidarität, und das soll sie auch in Zukunft bleiben. Das beginnt aber damit, dass sich jeder möglichst solidarisch verhält. Wer nicht solidarisch ist, hat den Anspruch auf Solidarität unserer Gesellschaft verwirkt,

es sei denn, er ist unverschuldet nicht in der Lage, Solidarität auszuüben. Wer sich in den Schutz der Solidargemeinschaft begibt, muss wissen, dass er sich selbst bestraft, wenn er nicht solidarisch ist. Solidarität ist keine Einbahnstraße und darf es auch nicht sein. Die Basis der Solidarität sollten wir aber auch aus allgemeingesellschaftlichen Gründen nicht verlassen. Es gilt das Wort von Benedikt XVI.: „Ein Zusammenleben der Menschen in Freiheit geht nur mit Solidarität.“

Bezogen auf unser Gesundheitswesen, will ich damit sagen: Die Prävention muss künftig eine viel wichtigere Rolle einnehmen als bisher, entsprechende Weichen müssen deshalb anders gestellt werden. Wie aber könnte so eine neue Weichenstellung aussehen? Meine Vorschläge sollen ein Impuls sein für eine entsprechende gesundheitspolitische Grundsatzdebatte. Natürlich kann man sie ablehnen, aber das alleine reicht nicht, damit kommen wir nicht weiter. Wir brauchen Alternativen in der Gesundheitspolitik zum Status quo.

Aus meiner Sicht muss unser Gesundheitssystem grundsätzlich umgestellt werden. Basis müssen Prävention und Eigenverantwortung sein. Es muss gewährleistet werden, dass die Menschen sich gesund ernähren und angemessen bewegen. Hier brauchen wir mehr und stärkere Anreize für „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Der Grundstein sollte in den Schulen gelegt werden. Wenn Unterricht ausfällt, ist es vor allem der Sportunterricht, der

darunter zu leiden hat. Sport aber ist das einzige Medium, das den Körper anspricht. Ein moderner Schul- und Sportunterricht sollte so angelegt sein, dass die Sportvereine im Zuge des Ausbaus an Ganztagsschulangeboten nicht das Nachsehen haben, sondern in den Schulalltag integriert werden. Eine Möglichkeit wäre dabei, den Schulsport auf Sportvereine zu übertragen bzw. ihn enger mit den Sportvereinen zu vernetzen, mehr zu kooperieren.

So würde man erreichen, dass sich viele Menschen aktiv einbringen können. Die Bedeutung angemessener Bewegung könnte weit verbreitet in der Gesellschaft entsprechend verwurzelt werden. Insbesondere Eltern könnten sich im Interesse ihrer Kinder einbringen, und viele ältere Menschen würden erfahren, dass sie wieder gebraucht werden. Im Übrigen darf man nicht unterschätzen, dass soziale Bindungen ein wichtiger Faktor für die Gesundheit sind. Es ist selbstverständlich, dass ehrenamtlich arbeitende Sportvereine für diese staatliche Aufgabe vom Staat finanziell unterstützt werden müssten.

Wie sieht es darüber hinaus mit der Eigenverantwortung aus?

Um Missverständnissen vorzubeugen: Klar ist, dass jeder Mensch über sein Leben selbst bestimmt. Derjenige, der nicht maßvoll essen will, kann das tun. Derjenige, der nicht in Maßen trinken will, kann das tun. Wer rauchen will, kann es auch tun, auch wenn es hier immer stärkere Restriktionen gibt,

Stichwort Nichtraucherschutzgesetz. Aber diejenigen, die nicht maßvoll handeln, können und sollten nicht automatisch erwarten, dass die aus diesem Verhalten resultierenden Krankheiten von der Solidargemeinschaft übernommen werden. Hoffen können sollten sie allenfalls noch auf christliche Nächstenliebe.

In Amerika ist Fettleibigkeit seit fast einem Jahr eine Krankheit, auf maßgeblichen Einfluss der US-Ärzteorganisation „American Medical Association“. Die FAZ titelte dazu u.a. im Juli 2013: „Die Dicken werden jetzt in die Mangel genommen.“ Das kann man gutheißen oder nicht, Fakt ist, dass Fettsucht und Dickleibigkeit zumindest in den USA und auch bei uns in Deutschland auf dem Vormarsch sind. Eine Konsequenz, die daraus entstanden ist, sind hohe Kosten: 18 Mrd. Euro jährlich.

Wenn wir in Zukunft aber wirklich kranken Menschen helfen wollen, können wir unsolidarisches Verhalten nicht mehr über unser solidarisches Gesellschafts- bzw. Gesundheitssystem absichern. Deshalb brauchen wir für fettige und süße Nahrungsmittel, für Nikotin und Alkohol eine Sondersozialabgabe. Aus dieser Sondersozialabgabe sollten dann die Folgekosten bezahlt bzw. mitfinanziert werden.

In Dänemark wurde 2011 eine Fettsteuer eingeführt, ein Jahr später auf Druck der Industrie aber wieder abgeschafft. Mexiko hat 2013 eine Fettsteuer eingeführt, weil man dort stärker gegen Übergewicht und Diabetes vorgehen will. Rauchen sollte noch viel teurer werden.

Andererseits sollten unsere Krankenkassen künftig noch stärker als bislang die Eigeninitiative ihrer Mitglieder und Versicherten mit Blick auf gesundheitsfördernde Maßnahmen (Sport) durch finanzielle Anreize belohnen. Kräftige Investitionen in die Gesundheitsforschung sind ebenfalls von zentraler Bedeutung, um lebensbedrohende Krankheiten besser behandeln oder sogar verhindern zu können, wie zum Beispiel Krebs oder Demenz. Dann kann sich auch erfüllen, was Professor Dr. Hollmann gesagt hat: „Der Mensch kann im hohen Alter gesund sterben.“ Wenn das keine Zukunftsperspektive ist, für die es sich lohnt, zu kämpfen, welche dann? 



Der Autor: **Leonhard Kuckart** ist stellv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender NRW der Senioren-Union Deutschlands.

/ ÄLTERE PATIENTEN SIND IN DEUTSCHLAND *nicht* *optimal* VERSORGT

Je älter der Mensch wird, desto schwerer kommt er nach einem Krankenhausaufenthalt wieder auf die Beine. Ein Oberschenkelhalsbruch zum Beispiel kann für betagte Patienten dramatische Folgen haben. Oftmals droht dann Pflegebedürftigkeit, nicht wenige Betroffene versterben. Denn in Deutschlands Kliniken liegen immer mehr Menschen über 70 Jahre, die verschiedene Krankheiten gleichzeitig haben. So ist die Zahl multimorbider Patienten in den Jahren 2006 bis 2015 um 80 Prozent von 1,1 auf 2 Millionen gestiegen. Doch ist deren Versorgung tatsächlich optimal? Hier sind durchaus Zweifel angebracht. Denn finanzielle Fehlanreize können dafür sorgen, dass diese Geriatrie-Patienten länger als nötig oder kürzer als erforderlich im Krankenhaus versorgt werden. Zu diesem Ergebnis ist der BARMER-Krankenhausreport 2017 gekommen. Hintergrund dieser Entwicklung ist die starre, an der Dauer des Krankenhausaufenthalts orientierte Vergütung für die sogenannte geriatrische frührehabilitative Komplexbehandlung (GFKB).

Starre Kodiervorgaben sind nicht mehr zeitgemäß

Die GFKB erfolgt bei Patienten, die so schwer erkrankt sind, dass sie noch längere Zeit in der Klinik bleiben müssen. Denn wer länger bettlägerig ist, der muss mit Muskel- und Knochenabbau sowie einem weiteren Kräfteverlust rechnen. Genau das

versucht die Komplexbehandlung durch frühzeitige rehabilitative Maßnahmen zu verhindern. Die GFKB erfolgt also nach der Behandlung einer akuten Erkrankung direkt im Krankenhaus. Sie kann aber auch auf eine klassische Reha-Behandlung vorbereiten. Dabei lässt sich die GFKB nach Verweildauer und Anzahl der Therapieeinheiten unterteilen. Im Wesentlichen wird zwischen mindestens 7, 14 und 21 Behandlungstagen differenziert. Konkret bedeutet dies, dass ein Krankenhaus eine höhere Pauschale abrechnen kann, wenn ein Patient mindestens zwei Wochen lang stationär die GFKB erhält. Aus unserer Sicht stellt dies einen Fehlanreiz dar. Diese starren Kodiervorgaben für die geriatrische frührehabilitative Komplexbehandlung sind in ihrer jetzigen Form nicht mehr zeitgemäß.

Immer mehr Patienten werden nach 14 Tagen entlassen

Die Dauer der Komplexbehandlung sollte sich stärker am individuellen Bedarf des Patienten und an medizinischen Kriterien orientieren. Derzeit erleben wir aber eher das Gegenteil. Im Jahr 2006 wurden 58 Prozent der GFKB-Patienten nach 14 Tagen entlassen und im Jahr 2015 bereits 75 Prozent. Parallel dazu sank der Anteil sowohl bei der 7- als auch bei der 21-tägigen GFKB deutlich. Aus rein medizinischer Sicht darf man zumindest ein großes Fragezeichen hinter diese Praxis setzen.

Die Zahl der stationär behandelten Patienten über 70 Jahre mit mehreren Erkrankungen ist in den vergangenen Jahren stark angewachsen, Tendenz weiter steigend. Werden die Patienten optimal versorgt? Der Krankenhausreport der BARMER belegt, dass hier noch an vielen Stellen nachjustiert werden muss.



Der Autor: Prof. Dr. Christoph Straub ist seit August 2011 Vorstandsvorsitzender der Barmer GEK. Die Ersatzkasse ist mit rund 400 Geschäftsstellen und 9,4 Millionen Versicherten eine der beiden größten Krankenkassen in Deutschland.



Um nicht missverstanden zu werden: Wenn die BARMER im Rahmen der Komplexbehandlung Kritik äußert, dann bedeutet das nicht, dass wir als Krankenkasse die Möglichkeit einer Krankenhaus-Reha grundsätzlich ablehnen. Nicht jeder Patient ist aufgrund seiner Vorerkrankung schon direkt fähig, eine Anschlussbehandlung in einer Reha-Klinik anzutreten. Die GFKB soll hier eine Lücke schließen. Jedoch sollte das Vergütungssystem weiterentwickelt werden, um besser auf die individuellen Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten eingehen zu können. Vor allem müssen bereits heute die nötigen Strukturen entwickelt werden, um künftig Geriatrie-Patienten adäquat behandeln zu können. Schließlich wird die Altersmedizin immer mehr Raum einnehmen. Darin sind sich die Experten einig. Denn bis zum Jahr 2050 wird die Anzahl der Menschen in der Generation 70plus um 46 Prozent anwachsen.

Geriatrie-Patienten sollten in multidisziplinär aufgestellten Kliniken behandelt werden

Allein die Zahl der Geriatrie-Patienten mit einer GFKB ist laut Report-Ergebnissen in den Jahren 2006 bis 2015 um 180 Prozent gestiegen, und zwar von 79.600 auf 222.600 Personen. Die massiven Steigerungsraten sind bei der geriatrischen frührehabilitativen Komplexbehandlung nicht rein durch den demografischen Wandel

erklärbar. Neben Änderungen bei der GFKB-Vergütung gibt es darüber hinaus Handlungsbedarf bei den Leistungserbringern. Offenbar gewährleisten mehrere Fachdisziplinen eine ganzheitlichere Sicht bei der Behandlung des Patienten. Der Report zeigt, dass Kliniken mit mindestens fünf Fachabteilungen bei der Versorgung der Patienten mit einem Oberschenkelhalsbruch tendenziell erfolgreicher sind. Demnach ist das Risiko, im Anschluss an ein Pflegeheim überwiesen zu werden, um sechs Prozentpunkte geringer, wenn die Betroffenen in einer großen anstatt einer kleineren Klinik behandelt werden. Geriatrie-Patienten sollten also nach Möglichkeit an größeren, multidisziplinär aufgestellten Krankenhäusern behandelt werden. Dort haben sie bessere Chancen, wieder auf die Beine zu kommen, um noch lange in ihren eigenen vier Wänden leben zu können. Der Krankenhausreport der BARMER belegt weiter, dass das Thema auch ökonomisch relevant ist. Schließlich ist eine GFKB bei einem Oberschenkelhalsbruch mit 14 Behandlungstagen um 950 Euro teurer als eine klassische Rehabilitation, die je Geriatrie-Patient im Schnitt mit 3.100 Euro zu Buche schlägt.

Versorgung älterer Patienten unterscheidet sich stark nach Bundesland

Medizinisch ebenfalls nicht nachvollziehbar sind laut BARMER die deutlichen

Unterschiede bei der jeweiligen Versorgungsform im Bundesgebiet. Wie ein älterer Patient behandelt wird, hängt demnach auch davon ab, in welchem Bundesland er wohnt. Denn laut Report reicht der Anteil der Geriatrie-Patienten mit einer GFKB von 4,3 Prozent in Bayern bis zu 24,3 Prozent in Hamburg. Für die Betroffenen ist das von großer Bedeutung, denn der Report lässt darauf schließen, dass das Behandlungsergebnis auch von der Versorgungsform abhängt. So werden von den Patienten mit einem Oberschenkelhalsbruch 47 Prozent nach einer Komplexbehandlung und lediglich 40 Prozent nach einer Reha pflegebedürftig. Die GFKB im Akutkrankenhaus weist im Vergleich zur Versorgung in klassischen Reha-Einrichtungen einen geringeren Behandlungserfolg auf. Daher sollte nach Ansicht der BARMER die Komplexbehandlung nur dann zum Einsatz kommen, solange der Patient noch einer Krankenhausbehandlung bedarf. Dies hängt aber von dessen individuellem Gesundheitszustand ab. Nicht zuletzt gilt auch in der Altersmedizin das Motto „Vorsorge ist besser als Nachsorge“. Hier muss noch stärker auf Prävention gesetzt werden. Auf diese Weise können viele Oberschenkelhalsbrüche vermieden werden und damit auch die Schicksalsschläge der Betroffenen.

Ein selbstbestimmtes Leben zu Hause muss das Ziel sein

Dass ältere Patienten im Krankenhaus immer optimal versorgt werden, darf zumindest bezweifelt werden. Denn die Vergütung für die GFKB stellt in ihrer bisherigen Form einen Fehlanreiz dar und sollte flexibler ausgestaltet werden. Außerdem sollte die Komplexbehandlung möglichst nur in großen Kliniken erfolgen, und zwar dann, wenn die Patienten noch stationär behandelt werden müssen. Dies wären wichtige und durchaus umsetzbare Maßnahmen, um die Altersmedizin auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Davon profitiert am Ende der Patient, indem er im besten Fall dank einer individuellen Behandlung wieder so gesund wird, dass er ein selbstbestimmtes Leben zu Hause führen kann. Das muss unser aller Ziel sein.

MIT *Volldampf* AUF PERSONALSUCHE



Im Bundestagswahlkampf drehten sich zahllose Debatten um den Mangel an Pflegekräften, deren Entlohnung und den Mehrbedarf an Pflegeplätzen. Nicht zuletzt wurde auch der Personalmangel im Medizinischen (Prüf-)Dienst thematisiert. Souverän sprach über die komplexe Thematik mit Werner Greilich, dem stellvertretenden Geschäftsführer des MDK Nordrhein.

Zu Beginn des Jahres trat das Pflege-stärkungsgesetz II in Kraft. Seitdem gilt eine neue Definition von Pflegebe-dürftigkeit. Das hat auch die Pflegebe-gutachtung durch den MDK verändert. Statt der drei Pflegestufen gibt es nun fünf Pflegegrade. Wie sind Ihre bishe-rigen Erfahrungen im MDK Nordrhein?

Unsere Erfahrungen sind sehr positiv. Die Umstellung auf das neue Verfahren war eine Herkulesaufgabe, aber sie ist gut gelungen. Das neue Begutachtungsverfahren findet sowohl bei den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen als auch bei unseren Gutachterinnen und Gutachtern eine hohe Akzeptanz. Positiv wird beispielsweise bewertet, dass verstärkt auf die Fähigkeiten der Menschen geschaut wird. Die Frage ist jetzt, wie jemand möglichst lange selbstständig leben kann. Von dieser neuen Sichtweise im Begutachtungsverfahren profitieren vor allem Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Das war ja unter anderem ein

Ziel der Reform. Viele der Betroffenen erhalten dadurch deutlich früher als im alten System die Leistungen der Pflegeversicherung.

Wie hat sich die Umsetzung der Reform bei Ihnen im MDK Nordrhein ausge-wirkt?

Durch die demographische Entwicklung steigt die Zahl an Begutachtungsaufträgen bereits seit Jahren kontinuierlich an. Schon im letzten Herbst konnten wir einen deutlichen Anstieg von Anträgen auf Leistungen aus der Pflegeversicherung beobachten. Doch zu Beginn dieses Jahres haben die Antragszahlen aufgrund des Reformstarts noch einmal deutlich zugelegt. Von Januar bis Ende September sind allein bei uns im MDK Nordrhein über 200 000 Anträge auf Pflegebegutachtung eingegangen. Das ist eine Steigerung von knapp 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Seit 2014 haben die Pflegebegutachtungen insgesamt um mehr als 30 Prozent zugenommen.

Die Prüfung von Anträgen pflegebedürftiger Menschen ist sicher keine leichte Aufgabe, die im Akkord abzarbeiten ist. Reicht das hier eingesetzte Personal?

Mit dem wachsenden Bedarf an Pflegebegutachtungen haben wir auch entsprechend mehr Personal eingestellt. Die Kranken- und Pflegekassen als unsere Auftraggeber befürworten das Plus an Personal. Sie haben großes Interesse daran, damit die Versicherten nicht lange auf ihre Begutachtung warten müssen. In den letzten vier Jahren haben wir über 50 zusätzliche Stellen nur für die Pflegebegutachtung eingerichtet. Im Jahr 2018 werden weitere folgen. Allerdings leiden auch wir unter dem bundesweiten Mangel an qualifizierten Pflegefachkräften. Wir sind gerade mit Volldampf dabei, Personal für die freien Stellen zu suchen.

Ist die Bearbeitungsdauer für die Pflegegutachten länger geworden durch den Anstieg der Anträge?

Ja, zu Beginn des Jahres hatten sich die sogenannten Laufzeiten der Gutachten aufgrund der großen Steigerungen an Anträgen und der Umstellung des Begutachtungsverfahrens verlängert. Doch inzwischen sind die Bearbeitungszeiten wieder kürzer geworden. Zurzeit benötigten wir für ein Pflegegutachten vom Auftragseingang über den Hausbesuch bis zum Versenden des Gutachtens an die Pflegekasse in der Regel drei bis vier Wochen. Wichtig ist zu wissen, dass dringende Fälle von uns auch kurzfristig begutachtet werden. Das kann zum Beispiel der Fall sein, wenn jemand aus einem

Krankenhaus oder einer Reha direkt in ein Pflegeheim zieht. Für alle gilt aber: Bei einem positiven Bescheid werden die Leistungen aus der Pflegekasse rückwirkend ab dem Tag der Antragstellung gewährt.

Im Bereich der Pflege steht noch eine weitere Reform an: Mit dem Zweiten Pflegestärkungsgesetz hat der Gesetzgeber den Startschuss für einen neuen Pflege-TÜV gegeben. Wie ist der aktuelle Stand?

Das Gesetz sieht vor, dass die Qualitätsprüfungen mit wissenschaftlicher Unterstützung auf neue Füße gestellt werden sollen. Dazu wurde ein Pflege-Qualitätsausschuss eingerichtet. Inzwischen arbeiten Wissenschaftler daran, ein neues Prüfverfahren und eine praktikable Bewertungssystematik zu entwickeln. Dazu gehören auch Vorschläge für eine übersichtliche Darstellung der Qualität einer Pflegeeinrichtung. Einige Medizinische Dienste wie der MDK Nordrhein sind im Rahmen einer Expertengruppe eingeladen, sich an der Entwicklung der Prüfinhalte zu beteiligen und die bisherigen Erfahrungen und das Knowhow einzubringen. Anfang 2018 sollen erste Pilotprojekte mit einem neuen Prüfverfahren in stationären Einrichtungen starten. Auch daran werden Experten aus dem MDK teilnehmen. Die Ergebnisse werden bei der Entwicklung eines neuen Verfahrens miteinfließen. Wie zu hören ist, kommt der neue Pflege-TÜV voraussichtlich 2019 für die Pflegeheime und 2020 für die ambulanten Dienste. Das ist jeweils ein Jahr später als ursprünglich geplant.

Es ist nahezu allgemeiner Konsens, dass die jetzigen Pflegenoten nicht aussagekräftig sind. Worauf kommt es aus Ihrer Sicht beim neuen Bewertungssystem für Pflegeeinrichtungen an?

Unsere Gutachterinnen und Gutachter bemerken die Unzulänglichkeiten im jetzigen Verfahren tagtäglich bei den Qualitätsprüfungen. Aus unserer Sicht benötigen wir dringend ein Bewertungssystem, das vor allem die Ergebnisqualität in der Pflege besser abbildet. Geht es dem Pflegebedürftigen gut? Wie ist seine Lebensqualität trotz körperlicher oder kognitiver Einschränkungen? Das sind doch die zentralen Fragen, um die es geht. Und Pflegebedürftige und ihre Angehörigen benötigen verständliche Informationen, an denen sie die Qualität von Einrichtungen erkennen und vergleichen können. Dafür werden wir uns einsetzen.



Stichwort

MEDIZINISCHER DIENST DER KRANKENVERSICHERUNG (MDK)

Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung ist ein unabhängiger Beratungs- und Gutachterdienst, der die gesetzlichen Krankenkassen und die Pflegeversicherung in medizinischen und pflegerischen Fragen unterstützt. Es gibt insgesamt 15 Medizinische Dienste, die auf Landesebene organisiert sind. Sie bilden mit dem Medizinischen Dienst des Spitzenverbandes Bund der gesetzlichen Krankenkassen (MDS) die MDK-Gemeinschaft.

Pflege

Zu den Aufgaben des MDK gehört es, im Auftrag der Pflegekassen die Voraussetzungen für eine Pflegebedürftigkeit zu prüfen. Neben der Empfehlung eines Pflegegrades können die Gutachterinnen und Gutachter auch Maßnahmen zur Prävention und Rehabilitation der Pflegebedürftigen vorschlagen. Darüber hinaus prüft der MDK, ob Pflegeheime oder ambulante Pflegedienste die vereinbarten Qualitätsstandards einhalten. 90 Prozent der jährlichen Qualitätsprüfungen in den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen werden durch den MDK übernommen, weitere 10 Prozent führt der Prüfdienst der privaten Krankenversicherung durch.

Krankenversicherung

Der MDK erstellt für die Krankenkassen Gutachten, wenn es zum Beispiel um eine Vorsorge- oder Rehabilitationskur geht, wenn ein spezielles Hilfsmittel wie etwa ein Elektro-Rollstuhl eingesetzt werden soll oder wenn Beschäftigte längere Zeit arbeitsunfähig sind. Der MDK wird auch tätig bei Fragen zu einer bestimmten Therapie, wie etwa bei Krebs oder bei Themen wie neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden. Auch bei einem Verdacht auf einen Behandlungsfehler können die Krankenkassen die Expertise des MDK hinzuziehen.



Schulte Haus-Rollator 

- ✓ sehr schmal - passt durch jede Tür
- ✓ enorm wendig - auf der Stelle drehbar
- ✓ nützlich - Tisch decken leicht gemacht

Jetzt Prospekt anfordern!

 **0800 200 6004**
gebührenfrei anrufen

 www.haus-rollator.de



Schulte Holzprodukte GmbH | Langenberger Str. 96 | 33397 Rietberg | NRW

NEUE Pipeline FÜR EUROPAS ENERGIEZUKUNFT?

Eine weitere Gasleitung durch die Ostsee soll Europas Gasversorgung sichern. Doch mehrere östliche EU-Länder lehnen das Projekt ab, und auch die EU-Kommission hat vor dem Hintergrund der Sanktionen gegen Russland seit der Ukraine-Krise Bedenken. Die USA wiederum würden lieber Flüssiggas aus eigener Produktion nach Europa liefern. Soverän bat Nord Stream 2 um eine Beschreibung des Sachstandes.

Nord Stream 2 ist eine geplante Pipeline, die Erdgas aus Russland direkt zu den europäischen Verbrauchern transportieren soll. Sie soll ab dem kommenden Jahr neben der bereits existierenden Leitung Nord Stream 1 durch die Ostsee verlegt werden und 2019 in Betrieb gehen. Die rund 1.200 Kilometer lange Route durch die Ostsee stellt die effizienteste Verbindung zu den großen russischen Erdgasvorkommen dar. Nord Stream 2 knüpft an die positiven Erfahrungen und das Design der bestehenden Nord-Stream-Pipeline an und folgt größtenteils der Route dieser Pipeline. Nord Stream 2 soll in der Narwa-Bucht, südwestlich von St. Petersburg, beginnen. Die deutsche Anlandestation ist wieder in Lubmin, unmittelbar am Greifswalder Bodden, geplant. Die beiden Leitungsstränge werden auf wirtschaftliche, umweltverträgliche und verlässliche Weise bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr liefern – genug, um 26 Millionen Haushalte zu versorgen. Damit wird die Pipeline dazu beitragen, den Rückgang der heimischen Erdgasproduktion um die Hälfte in den nächsten 20 Jahren auszugleichen. Nord Stream 2 wird zuverlässig Erdgas liefern, das beispielsweise bei der Stromerzeugung weniger Kohlenstoffdioxid freisetzt als Kohle. Dies trägt dazu bei, das europäische Ziel eines umweltfreundlicheren Energiemixes zu erreichen und die schwankende Versorgung mit erneuerbaren Quellen wie Wind- oder Solarenergie flexibel zu ergänzen.

Das Nord Stream 2-Projekt schreitet gemäß dem Zeitplan voran. Bei den Umweltuntersuchungen, den Vertragsabschlüssen für wichtige Materialien und Dienstleistungen sowie in den Genehmigungsprozessen sind alle geplanten Schritte eingeleitet.

Aufbauend auf der Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2013, erfolgten die technischen und ökologischen Detailplanungen. Nord Stream 2 hat bereits im Frühjahr 2016 Einkaufsverträge für die Lieferung von mehr als zwei Millionen Tonnen Stahl unterzeichnet. 40 Prozent des Auftragsvolumens wurde an Europipe in Mülheim an der Ruhr vergeben und ist somit ein wichtiger Impuls für die deutsche Stahlwirtschaft. Auch Mukran auf Rügen ist wieder ein wichtiger Logistikstandort für das Pipeline-Projekt, in das entsprechende Investitionen fließen. Seit Ende Oktober letzten Jahres rollen die Bahntransporte vom Ruhrgebiet in den Norden Deutschlands. Die Betonummantelung, mit der das Unternehmen Wasco beauftragt wurde, läuft dort seit Anfang Juli. Dafür sind am Standort 390 neue Arbeitsplätze entstanden. Im April dieses Jahres hat Nord Stream 2 mit dem Unternehmen Allseas den Vertrag über die Offshore-Pipelineverlegung unterzeichnet und so die nötigen Verlegekapazitäten gesichert. Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Umweltuntersuchungen des ersten Nord-Stream-Projekts wurden weitere 40.000 Kilometer auf See durch 14 Untersuchungsschiffe absolviert. Diese Erkenntnisse fließen in die Umweltverträglichkeitsuntersuchungen ein, die den

Kerngegenstand der Genehmigungsprozesse bilden. Auch hier sind verschiedene deutsche Unternehmen aus dem Umweltengineering involviert.

Das komplexe Genehmigungsverfahren für die Nord-Stream-2-Pipeline besteht aus fünf nationalen rechtsstaatlichen Verfahren, die in den Ländern laufen, durch deren Gewässer die Pipelinetrasse führt, also Russland, Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland. Parallel dazu wird ein internationales Konsultationsverfahren durchgeführt, in dem Nord Stream 2 alle Ostseeanrainerstaaten über die grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen des Projektes informiert. Die Einwendungen und Stellungnahmen aus diesem Verfahren werden durch die Behörden der jeweils benachbarten Länder in dem nationalen Genehmigungsverfahren berücksichtigt. Aufgrund dieses vorhandenen umfangreichen Rechtsrahmens ist das von der Europäischen Kommission angestrebte Verhandlungsmandat für eine

Vereinbarung zwischen EU und Russland zur Nord-Stream-2-Pipeline nicht nötig (zum aktuellen Stand siehe Kasten). Es besteht kein Rechtsvakuum, wie in Brüssel immer wieder behauptet wird.

Der Genehmigungsprozess national und international läuft. Nord Stream 2 ist zuversichtlich, Anfang 2018 mit dem Bau der Pipeline beginnen und Ende 2019 in Betrieb gehen zu können. Das ausschließlich privat finanzierte Projekt wurde von Gazprom initiiert. Fünf führende internationale Energieunternehmen unterstützen das Projekt finanziell: Uniper, BASF/Wintershall (beide Deutschland), Shell (Niederlande), OMV (Österreich) und Engie (Frankreich).

Weitere Infos unter: www.nord-stream2.com
Autor: Steffen Ebert



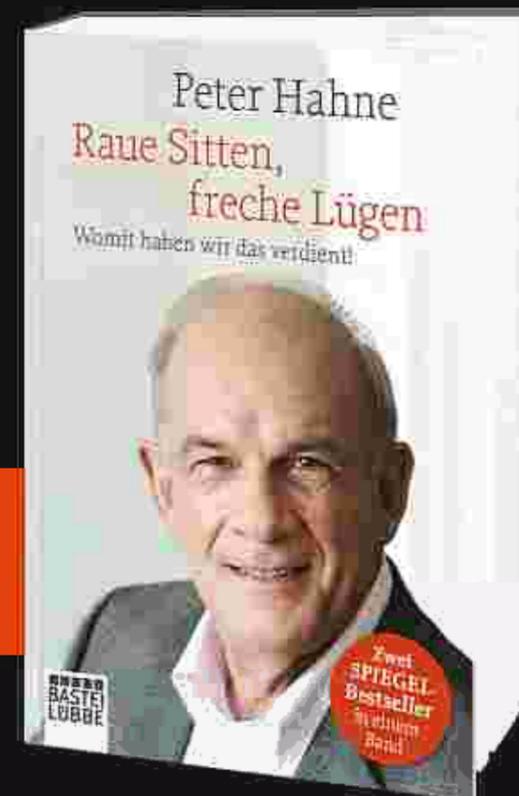
EU gibt nicht auf

Die Gazprom-Tochter Nord Stream 2 hat einen Punktsieg auf dem Weg zum Bau ihrer neuen Ostsee-Pipeline errungen. Eine Analyse von EU-Juristen sieht keine rechtliche Grundlage für den Plan der EU-Kommission, zunächst mit Russland über den Betrieb der Gasleitung zu verhandeln. Dem Gutachten zufolge hat die EU-Kommission keine Kompetenzen für Verhandlungen über die Anlage, die außerhalb des EU-Gebiets liegt. Diese gibt sich jedoch nicht geschlagen. Im November hat sie eine Änderung von EU-Regeln vorgeschlagen, um doch noch ein Verhandlungsmandat zu erreichen (Quelle: Wallstreet online).

Peter Hahnes beste Kolumnen zum Sonderpreis

DIE Klartext-Themen nach der Bundestagswahl 2017 – was jetzt wirklich wichtig ist. Zum selber lesen, verschenken, verteilen!

240 Seiten für nur 10 Euro!
 Erscheint am 21.12.2017



Landesdelegiertentag

FÜHRUNGSWECHSEL IN RHEINLAND-PFALZ



Dr. med. Fred-Holger Ludwig wurde am 31. August vom Landesdelegiertentag der Senioren-Union Rheinland-Pfalz in Budenheim zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Bei der Wahl in Budenheim stimmten 96 Prozent der Delegierten für den Arzt aus Bad Bergzabern. Dr. Ludwig tritt damit die Nachfolge von Helga

Hammer (Mainz) an, die nach zehn Jahren als Landesvorsitzende der Senioren-Vereinigung der CDU auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte. Der Landesdelegiertentag wählte Frau Hammer einstimmig zur neuen Ehrenvorsitzenden der Senioren-Union Rheinland-Pfalz. Den geschäftsführenden Landesvorstand bilden die drei Stellvertreter Karl-Heinz Totz, Hans Speder und Hubertus Stawik, der Landesschatzmeister Gerhard Hübel und der Schriftführer Udo Ringel. Zum neuen Mitgliederbeauftragten wurde Dr. Reinhard Herzog gewählt. Den Landesvorstand vervollständigen die 15 Beisitzer: Heinrich Braun, Gerlinde Decker, Karin Giovannella, Daoud Hattab, Walfried Heinz, Helmut Hermen, Irmgard Kicherer, Wolfgang Löhrke, Dieter Lukas, Michael Pirron, Gerhard Seemann, Dr. Wolfgang Seydl, Richard Welter, Wilfried Wesch und Viktor Ziegler. 

Landestagung Baden-Württemberg

EUROPAPARLAMENTARIER AN DER SPITZE



V.l.: Rainer Wieland (Vizepräsident EP), Wolfgang von Stetten (Ehrenvorsitzender SU Baden-Württemberg), MP a.D. Erwin Teufel, Manuel Hagel (Generalsekretär CDU Baden-Württemberg), Claus Bernhold (stellv. Bundesvorsitzender Senioren-Union)

Künftig wird ein aktiver politischer Mandatsträger den Landesverband der Senioren-Union in Baden-Württemberg führen. Die Landestagung am 23. Oktober in Ludwigsburg wählte den 60-jährigen Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, zum neuen Landesvorsitzenden. Sein Vorgänger, Prof. Dr. Wolfgang Frhr. von Stetten, hatte zuvor auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Die Landestagung wählte ihn ob der großen

Verdienste in seiner 12-jährigen Amtszeit zum Ehrenvorsitzenden der Senioren-Union Baden-Württemberg. Stetten ist bereits Ehrenmitglied des Bundesverbandes der Senioren-Union. Prominente Gäste bei der Tagung waren neben zahlreichen Mandatsträgern Ministerpräsident a.D. Dr. h.c. Erwin Teufel mit einer bemerkenswerten Grundsatzrede und der Generalsekretär der baden-württembergischen CDU, Manuel Hagel MdL. 

Sachsen-Anhalt und Niedersachsen

ZEHN JAHRE PARTNERSCHAFT

Das zehnjährige Jubiläum eines offiziellen Partnerschaftsvertrags zwischen den Landesvereinigungen der Senioren-Union (SU) von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen war Anlass, in einer Festveranstaltung in Thale das spezifische Wirken der SU in der CDU zu würdigen. Eine gute Zusammenarbeit gab es allerdings schon seit der Gründung der SU in Sachsen-Anhalt im August 1990. Besonders enge Beziehungen bestanden zwischen den ehemaligen benachbarten „Grenzkreisen“.

Die Veranstaltung, an der etwa 75 Mitglieder aus beiden Bundesländern teilnahmen, begann mit einem Empfang im Rathaus Quedlinburg durch den Oberbürgermeister der Stadt und einer Besichtigung des historischen Rathaussaales. Offiziell gefeiert wurde dann im Hotel Hubertus in Thale. Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden der SU Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, und einem ausführlichen Grußwort des Landesvorsitzenden der SU Niedersachsen, Rainer Hajek, schloss sich die Festrede der Landtagspräsidentin, Gabriele Brakebusch, an. Sie würdigte die intensive Zusammenarbeit zwischen beiden Landesvereinigungen auf den verschiedenen Ebenen. Nicht zuletzt habe diese Bündelung der politischen Aktivitäten zu dem hohen Stimmenanteil der über 60-jährigen für die CDU beigetragen. Brakebusch, die selbst der Senioren-Union angehört, kennzeichnete die Vereinigung als starken Faktor für konservative Wertvorstellungen und die feste Verankerung in der EU. Damit werde der Markenkern der CDU gestärkt.

Motivierende Videobotschaften und Grußworte kamen vom Ministerpräsidenten, Dr. Reiner Haseloff, und vom CDU-Generalsekretär, Sven Schulze, MdEP. In Anerkennung ihrer außerordentlichen Verdienste für die Zusammenarbeit zwischen beiden Landesvereinigungen wurde Erika Koegel aus Wolfsburg, Mitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union, die Ehrenmitgliedschaft im Landesvorstand der Senioren-Union und Wolfgang Kunze aus Halberstadt die Konrad-Adenauer-Medaille verliehen. 

Podiumsdiskussion

ZUKUNFT DES ALTERS – ALTER IN DER ZUKUNFT“



„Zukunft des Alters – Alter in der Zukunft“, so der vielversprechende Titel einer Podiumsdiskussion im Programmhaus der CDU in Berlin Mitte. Zusammen mit der Berliner Landes-CDU hatte die Senioren-Union ihre Mitglieder eingeladen, nicht nur zuzuhören, wie sich die prominenten Diskutanten, wie Prof. Dr. med. Wolfgang von Renteln-Kruse, Leiter der Medizinisch-Geriatriischen Klinik Albertinen-Haus in Hamburg, Mario Czaja, MdA, Senator für Gesundheit und Soziales a.D., Vorsitzender der Zukunftskommission der CDU Berlin, Christa Thoben, stellv. Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Landesministerin Nordrhein-Westfalens für Wirtschaft, Mittelstand und Energie a.D. und als Moderator und Mitdiskutant Dr. Hajo Schumacher, Autor und Journalist (Autor des Buches „Restlaufzeit: Wie ein gutes, lustiges und

bezahlbares Leben im Alter gelingen kann“), mit der Thematik auseinandersetzen, sondern forderte auch auf, aktiv mitzudiskutieren. Prof. von Renteln-Kruse beispielsweise erläuterte, dass seit geraumer Zeit die Lebenserwartung in Deutschland linear jährlich um jeweils drei Monate ansteige. Regional gebe es allerdings gravierende Unterschiede, begründet durch Faktoren wie Ernährung, Bildung oder Erziehung. Das bedeute, dass wir eben immer älter werden können, wenn wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Wobei es generell darum ginge, den Jahren mehr Leben zu geben als rein quantitativ dem Leben nur mehr Jahre. Mario Czaja sprach sich für die Zukunft für die Schaffung einer Bundespflegekammer aus, um dem Umgang der Gesellschaft mit dem Thema

auch institutionell begleitend begegnen zu können. Christa Thoben hinterfragte Begrifflichkeiten wie „altersgerecht“ oder „barrierefrei“ und stellte fest, dass man für die Gesamtbevölkerung diese wünschenswerten Adjektive mit „bequem“ treffend bezeichnen könne. Dies sei für die Zukunft vielleicht beim Umgang mit älteren Mitgliedern der Gesellschaft zu bedenken, dass deren Bedürfnisse am Ende allen zugutekämen. Einig waren sich am Ende alle, dass nur im Zusammenwirken und im Austausch der Generationen, von Alt und Jung, die Gesamtgesellschaft profitieren kann und auch – oder gerade – die Älteren in Zukunft ihre Bedeutung für unser Gemeinwesen ins Spiel bringen können, denn sie haben mehr zu geben, als sie der Gesellschaft naturbedingt manchmal abfordern. 

SU-Newsletter

IMMER GUT INFORMIERT



Seit März 2016 stellt die Berliner Geschäftsstelle der Senioren-Union allen Mitgliedern, Freunden und Interessenten einen neuen monatlichen Newsletter zur Verfügung. Dieser informiert schnell, aktuell und in Kürze über politische Vorgänge, relevante Entscheidungen oder wichtige Sachverhalte aus Bund, Ländern und Kreisen. Denn: Kommunikation ist im politischen Geschäft alles!

Seit seinem Start wurde der Newsletter sehr gut angenommen. Doch auch, was gut ist,

kann immer noch besser werden. Wenn Sie oder Ihre Bekannten dieses Info-Angebot der Senioren noch nicht beziehen, melden Sie sich doch einfach an. So erfahren Sie beispielsweise, wie weit der Stand der Arbeiten am Grundsatzprogramm der Senioren-Union gediehen ist oder was in der nächsten Souverän stehen wird oder was der Bundesvorstand diskutiert hat oder, oder, oder. Die Anmeldung nehmen Sie am besten im Internet unter www.senioren-union.de vor. Dazu auf dieser Seite ganz unten im Feld NEWSLETTER die eigene E-Mail-Adresse eintragen, die Datenschutzbestimmungen lesen (einfach auf das Wort Datenschutz klicken). Dann auf Absenden drücken und die daraufhin bei Ihnen eingehende Mail bestätigen. 

Nachruf

SENIOREN-UNION TRAUERT UM HEINER GEISSLER

Einer der großen und herausragenden Politiker der CDU starb am 12. September 2017 in seinem pfälzischen Heimatort Gleisweiler im Alter von 87 Jahren im Kreise seiner Familie.

Heiner Geißler hat als einer der bedeutendsten und profiliertesten CDU-Generalsekretäre, wie auch als Bundesminister die Auswirkungen des demographischen Wandels vorausgesehen und mit der Gründung der Senioren-Union dazu beigetragen, auf einen gerechten Ausgleich der Generationen hinzuwirken. In seiner Rede anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Senioren-Union im Jahre 2008 stellte Heiner Geißler fest: „Ich kenne keine politische Partei in der Landschaft, die diesen Ausgleich besser schaffen könnte als die Christlich Demokratische Union.“ Der große Sozialpolitiker blieb der Arbeit der Senioren-Union bis zu seinem Tode eng verbunden. Die Senioren-Union wird Heiner Geißler als einen ihrer Gründerväter stets in ehrenvoller Erinnerung behalten und sein Vermächtnis bewahren. 



Heiner Geißler auf der Frankfurter Buchmesse 2016 (Wikipedia/Heike Huslage-Koch)

Nikosia: Moderne Technik und die Älteren

Wie bringt man beide zueinander? Kann die Nutzung der modernen Medien das Leben der Generation über 60 wirklich erleichtern? Verdient der tagtägliche Umgang der Jüngeren mit Facebook, Twitter & Co. nicht eher Respekt als Kritik oder zumindest Stirnrunzeln? Über all diese Fragen wurde Mitte Oktober in Nikosia/Lefkosia diskutiert. Dazu eingeladen hatte der Seniorenverband Zyperns unter Führung von ESU-Vizepräsident Antonis Demetriades, der die 8. Regionalkonferenz der Mittelmeer-Anrainerstaaten für die ESU ausrichtete. Die Redner und Diskussionsteilnehmer waren sich einig: Erwerb und verantwortungsvolle Nutzung von Medienkompetenz sind nicht an das Lebensalter gebunden; auch zahlreiche Senioren weltweit sind von den Vorzügen längst überzeugt. Für die deutsche ESU-Vizepräsidentin Dr. Gabriele Peus-Bispinck (Münster) war überzeugend, was eine Wissenschaftlerin resümierend feststellte: „Die Videospieler der Zukunft werden Senioren sein, die die Spiele junger Leute von heute noch oft als Zeitverschwendung ansehen“, denn es gelte, „Herausforderungen zu meistern, Lösungen zu finden, durch komplexe Aktivität Fähigkeiten zu entwickeln und Verständnis einzuüben“.

„Toleranz ist die Seele“

Flüchtlinge erlebt Europa nicht erst in jüngerer Zeit. So verließen im 18. Jahrhundert verfolgte

evangelisch gebliebene Christen das österreichische Zillertal und ließen sich u.a. im preußischen Niederschlesien nieder; Exulanten aus Böhmen fanden in Rixdorf vor den Toren Berlins ohne Wenn und Aber eine neue Heimat. Auf diese geht die Ev.-ref. Bethlehemsgemeinde Berlin zurück, in der noch jahrzehntelang Tschechisch die Predigtsprache war. Deren Pfarrerin Carolin Springer, zum Refugefest der Hugenottengemeinde Berlins (Gedenken an die Aufnahme bedrohter französischer Calvinisten durch Preußen 1685) in den Französischen Dom eingeladen, erinnerte an Calvins Forderung, Jesus in allen Lebenslagen nachzufolgen. „JEDEN ermutigte er dazu, den anderen als dankbaren Diener Christi zu sehen.“ Im Kontakt mit iranischen Flüchtlingen in ihrer Gemeinde in Rixdorf (Berlin-Neukölln) – so die Pfarrerin – sei sie manchmal von deren Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft beschämt. Einer sagte ihr: „Ich helfe, wo ich kann und gebraucht werde. Das ist mein Auftrag. Gott hat mich gerettet, und so danke ich ihm.“ Während diese Zeilen geschrieben werden, sagt die Bundeskanzlerin am 500. Jahrestag der Reformation in Wittenberg: „Toleranz ist die Seele Europas.“ Hunderte applaudieren ihr. Übrigens: Kurfürst Friedrich Wilhelm, der „Große Kurfürst“, hatte 1671 bereits aus Österreich vertriebene Juden in Berlin und Brandenburg aufgenommen.

Heinz K. Becker: den Unsinn stoppen!

Wir haben die Zeitumstellung wieder einmal hinter uns. Manch einen stört das Prozedere zweimal im Jahr seit langem, und der allgemeine Nutzen ist zweifelhaft. Diesmal war das Ereignis von größerer öffentlicher Aufmerksamkeit begleitet. Für Heinz K. Becker, der es seit Jahren als einer der Ersten kritisierte, ist dieses Vorgehen laut dpa „sinnlos und ungesund“. Becker ist Abgeordneter des Europaparlaments und Vizepräsident der Europäischen Senioren Union. Bei seinen Vorstößen in Straßburg und Brüssel hat er als Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes freilich auch die vorherrschende Meinung „seiner“ Mitglieder und weiterer Senioren in Europa mit im Gepäck. Apropos Österreich: Der ÖVP-Seniorenbund wird im nächsten Jahr die 10. Sommerakademie der ESU für Führungskräfte ausrichten.

Ulrich Winz

Leserbriefe

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns: Senioren-Union der CDU Deutschlands, Leserbriefe, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Armut als politischer Kampfbegriff?

Zur Souverän 2-2017, S. 20/21

Nach meinen Informationen gilt eine alleinstehende Person mit einem Einkommen von unter 942 Euro als arm. Ich kenne Hunderte Rentner, die diesen Betrag gerne hätten. Stattdessen müssen sie staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Ich kenne Leute, die gerade einmal 620 Euro Rente haben und in Miete wohnen. Lassen Sie uns doch endlich das C in unserem Namen ernst nehmen. Zeigen wir doch, dass es uns ernst ist mit dem C in unserem Namen und wir etwas für die Alten und Schwachen tun.

Wolfgang Sprungk, 56727 Mayen

Armut als politischer Kampfbegriff

Zur Souverän 2-2017, S. 20/21

Der Verfasser macht sich in einer überaus arroganten Weise über die Warner vor steigender Armut (im reichen Deutschland) her und behandelt die Warner und das Thema sehr ironisch.

Ich finde es schlecht um die Intelligenzschicht unseres Volkes bestellt, wenn ein Intellektueller solcher Auffassung ist. Ich wünsche dem Verfasser, er müsste ein Jahr lang mit 60 Prozent des Mittelwertes aller Einkommen leben. Er wäre schnell belehrt.

Albert Jaeger, 54441 Trassem

Kontroversen und Annäherung

Zur Souverän 3-2017, S. 28/29

In der letzten Nummer las ich mit Interesse den Artikel „Kontroversen und Annäherung“. Als Beilage fand ich eine Werbung für eine Reise nach Dubai. Das passt nicht zusammen. Wir sollen unser Geld dorthin bringen, damit von dort der radikale Islam verbreitet wird. Und weil ich christlich = sozial eingestellt bin, brauche ich auch keine Super-Luxusreisen.

Karl Mayr, per E-Mail

Baustelle Bundeswehr

Zur Souverän 4-2017, S. 33

Ja, wie eine Konzernbilanz lesen sich die Zahlen der Bundeswehr! Nur, die Gesamtheit der Streitkräfte ist eben kein Dax-Konzern, sondern eine Gemeinschaft, die in Gefahr und Not füreinander einspringt. Die Gemeinschaft der Soldaten hat eine innere Verbindung, einen Zusammenhalt, wie ihn die soldatische Wertigkeit nicht erreicht. Armeen, insbesondere Kampftruppen, die unmittelbar auf dem Gefechtsfeld eingesetzt sind, haben eine Seele! Durch die Art und Weise der Auseinandersetzung mit dem Thema Tradition ist diese zutiefst verletzt. Das Thema Tradition, das jüngste Problem der Bundeswehr, wurde, abgesehen von den Hubschrauberabstürzen in Mali, offenbar vom Bundesvorstand nicht zur Sprache gebracht. Ein erhebliches Versäumnis. Es bedeutet, dass der Gesamtkomplex Bundeswehr nicht angesprochen wurde, wo waren die Auslandseinsätze, personellen Probleme? Gemäß einer Sendung des TV-Bildungskanal Alpha liegen die Soldaten und Polizisten an der Spitze der traumatisierten Bürger in Deutschland. Also ist die gesamte Aussprache geschönt!

Die andere Lösung, der Berichtersteller hat diesen ungünstigen Teil einfach außen vor gelassen, von sich aus oder nach Weisung. So oder so hat der Verfasser sich damit disqualifiziert.

Georg Auffarth, OTL a.D., 70619 Stuttgart

Anm. der Red.: Das Thema Bundeswehr ist komplex und facettenreich. Die Mitglieder des Bundesvorstandes hatten dementsprechend auch noch eine Menge Fragen auf dem Herzen. Doch die Zeit für den Besuch der Ministerin war auf eine Stunde begrenzt, eine inhaltliche Begrenzung der Diskussion daher zwangsläufig.

Offenkundige Marktskepsis

Zur Souverän 3-2017, S. 30/31

In der Bildung sind Ursache und Wirkung äußerst schnell abzulesen. Schulbücher sind ein Spiegelbild der Gesellschaft und föderalistischer Parteiprogramme. Was in einer Generation an Bildung versäumt wird, kann kaum noch revidiert werden. Das gilt auch für Werte, Rechte und Pflichten.

Konservative wissen das. Im sozialen Wettbewerb der Parteien entstand die Devise, mir alles und dem Staat so wenig wie irgend möglich. Daraus dann zu häufig die Forderung, dass allein der Staat für die Bildung sorgen muss. Mit allen denkbaren Umwegen sollten Schüler den leichtesten Weg wählen können. Die persönliche Bildungsverpflichtung stand nicht

mehr im Vordergrund. Es entstand die Gefahr einer von anspruchsvolleren Eltern geförderten Elitenbildung. Was folgte, war die Ablehnung von mühsamen Lernprozessen und körperlicher Arbeit. Die Produktionen gerieten zugunsten der Dienstleistungen (Thatcher in England!) in die Defensive. Technische Lernfächer und Berufe (Ingenieure!) wurden zugunsten von „Softfächern“ gemieden. Stahl, Chemie, Landwirtschaft, die gesamten industriellen Wertschöpfungsketten kamen in Verruf. Auch das sind die Ergebnisse einer solchen schulischen Bildungslektüre. Zwecks Wahlerfolge haben sich Grüne, SPD und Linksintellektuelle nur zu gerne dieser lediglich theoretischen, bequemen und angeblich gleichmachenden Denkvorlage bedient. Über die Schulbücher musste, möglichst an den Eltern vorbei, diese Veränderung zwecks ideologischer Indoktrinierung gelehrt werden. Dass alle Dienstleistungen nur durch eine verwertbare Wertschöpfung erwirtschaftet werden können, wurde ausgeblendet. Auf der Strecke blieb für die Beeinflussten die für ein politisches Verständnis unabdingbare Kenntnis von realistischen Zusammenhängen. Die informellen Printmedien haben als Korrektiv der Schüler-Bildung in den letzten 25 Jahren nahezu 50 Prozent ihrer Auflagen verloren. Was in den Büchern den Schülern als Tendenz und grundsätzliche Wahrheit vermittelt

wird, kann so später kaum noch revidiert werden. Auch die Wissensvermittlung durch TV und Internet hat die ursprünglich hohen Erwartungen bei weitem nicht erfüllt. Im Gegenteil, diese Informationsquellen sind zwar für Wissbegierige und Journalisten wahre Fundquellen, dienen aber zu häufig nur als Alibi für den guten Willen. Mehr nicht. Dieses fahrlässig von den Inhalten der Schulbücher geförderte Unwissen über ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge führt zielsicher zu Trump, Brexit und AfD. Zum politischen Missbrauch durch Populisten. Letztlich hat die als Wahlgeschenk auch (und nicht nur!) über die Schulbücher gestartete Werteverstärkung nicht zur Konsolidierung eines neuen staats-tragenden Gleichgewichtes zwischen Rechten und Pflichten geführt.

Ein Opfer ist auch die Tiefe der Allgemeinbildung, die zum besseren Verständnis von politischen Entwicklungen notwendig ist. Diese Entwicklung ist für viele Bürger in westlichen Industrienationen als Preis einer neuen persönlichen Freiheit zu beobachten. Damit wird die Freiheit der demokratischen Willensbildung auf eine harte Probe gestellt. Obwohl unvermeidlich, wollen die Linken diesen, allein von ihnen zu verantwortenden „Bildungsprozess“ nicht wahrhaben.

Klaas Ockenga, 67454 Haßloch

Initiativen

Barrierefreiheit von Bankautomaten

In einigen Banken stehen Automaten und Selbstbedienungsterminals, die Raymund Haller aus Pforzheim für technisch verbesserungswürdig hält. Er hat deshalb auch schon eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet. Ein Saldo sollte demnach nur nach tatsächlicher Kontostandsveränderung ausgedruckt werden. Ansonsten genüge ein Hinweis im Display. Nach einer am SB-Terminal oder Überweisungsscanner erfolgten Geldtransaktion sollte darüber für den Kunden sofort ein Kontoauszug verfügbar sein, nicht erst nach Stunden oder gar Tagen. Am Geldautomaten sollte der Kunde die auszugebenden Nennwerte (Stückelung) selbst bestimmen können, so Haller weiter. Die Banknoten sollten nach Wertstufen geordnet, übereinanderliegend, richtungssortiert, nicht seitenverkehrt und nicht auf dem Kopf stehend ausgeworfen werden. Dabei sollten die Vorderseiten der Scheine nach oben zeigen, auf denen sich die großformatigen Zahlenwerte sowie die fühl- und tastbaren Merkmale für Blinde und Sehbehinderte befinden. Auch diese Menschen können so die Wertstufen sofort zweifelsfrei und eindeutig erkennen und die Noten zügig verstauen, ohne sie drehen und wenden zu müssen. Die schnellere Erkennbarkeit der Scheine würde auch dem Sicherheitsbedürfnis aller, insbesondere der blinden und sehingeschränkten Kunden entgegenkommen. Haller: „Diese moderneren, bedienungsfreundlicheren Geldautomaten und Terminals erleichtern oder ermöglichen erst überhaupt Blinden und Sehbehinderten das selbstständige und selbstbestimmte Durchführen ihrer Geldgeschäfte.“



Foto: Wikipedia/Berthold Werner

Berlin, Gendarmenmarkt: Die Französische Friedrichstadtkirche, auch Französischer Dom genannt, ist in Kreisen der Senioren-Union wohl bekannt. Hier hat Prof. Dr. Wulff mehrmals Persönlichkeiten für ihr Handeln im Sinne der Menschenwürde ausgezeichnet.



DIE AMADEUS-ART DES REISENS

Eine AMADEUS-Flusskreuzfahrt verbindet auf ganz wunderbare Weise die Annehmlichkeiten eines schwimmenden Komforthotels mit dem Entdecken von Ländern und Menschen entlang Europas schönster Wasserwege. An Bord eines unserer Premium-Schiffe gleiten Sie durch traumhafte Landschaften, lernen pulsierende Metropolen und unzählige Kulturjuwelen kennen – und genießen dabei höchste Qualitätsstandards in puncto Ausstattung, Gastronomie und Service.



Klassischer Rhein

7 Nächte Kreuzfahrt Amsterdam – Basel oder Basel – Amsterdam, z. B. auf der AMADEUS Brilliant

pro Person ab

899 €

Südfrankreich erleben

7 Nächte Kreuzfahrt Lyon – Chalon-sur-Saône – Arles – Lyon auf der AMADEUS Provence

pro Person ab

1.034 €

Donau Rhapsody

7 Nächte Kreuzfahrt Passau – Budapest – Passau, z. B. auf der AMADEUS Silver II

pro Person ab

1.394 €

Neuer Katalog, Beratung und Buchung bei Amadeus Flusskreuzfahrten GmbH.

Kostenlose Hotline (nur für Senioren-Union): **0 800 / 874 56 87**

E-Mail: info@amadeus-flusskreuzfahrten.de

www.amadeus-flusskreuzfahrten.de